

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsmännern und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

7. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 14. Oktober 1931 Nummer 169

Deutscher Handelskrieg gegen die Sowjetunion!

Der Reedereiverband beschließt Einstellung des Schiffsverkehrs nach sowjetrussischen Gewässern
Streifende Seeleute werden mit Meutereiparagraphen bedroht / Solidarität mit den Streikenden!

Unsere Antwort: Schutz der Sowjetunion!

Hamburg, 14. Oktober.

Der Verband deutscher Reeder hat gestern beschlossen, seine deutschen Schiffe mehr nach der Sowjetunion zu entsenden. Begründet wird dieser Beschluß mit den Arbeitsverhältnissen der deutschen Schiffbesatzungen in Leningrad und Odessa und der Unterstützung dieser Streiks durch, wie es in dem Beschluß heißt, „maßgebende russische Kreise.“

Der provokatorische Beschluß der deutschen Reeder bedeutet die Verschärfung des Handelskrieges gegen das Land der Arbeiter und Bauern. Er ist ein Schlag in das Gesicht aller Weltbürger. In sowjetrussischen Gewässern liegen zur Zeit 41 deutsche Schiffe, deren Mannschaften sich im Streik befinden und sich mit den streifenden Seeleuten in Deutschland lebhaft erklärt. Weil die Sowjetregierung im Gegensatz zu allen kapitalistischen Staaten

die Anwerbung von Streikbrechern verbietet,

und die Bevölkerung der Sowjetunion ihre Sympathien mit den Streikenden bekundet, sind die um den Profit besorgten deutschen Reeder zu dieser Expansionsmaßnahme gegenüber der Sowjetunion übergegangen. Gleichzeitig kündigen die Reeder an, daß sie gegen die Streikenden

Strafanträge wegen Meuterei

stellen werden. Von welcher unerhörten Unverschämtheit die deutschen Reederkapitalisten bei ihrem Anknüpfen an die Sowjetunion erfüllt sind, geht aus der weiteren Begründung des Beschlusses hervor. Die Reeder haben die eiserne Stirn zu behaupten, daß die Sowjetunion die Pflicht gehabt hätte, die Rettung der Schiffe in Schutz zu nehmen und die Streikenden wegen Meuterei zu bestrafen!

Der Beschluß der Reeder ist von weittragender politischer Bedeutung. Er zeigt an einem Einzelfall die unerbittliche Zuspitzung des Gegensatzes zwischen der verfallenden und verfallenden kapitalistischen Welt und der Welt des sozialistischen Aufbaues.

Alle Weltbürger müssen sich klar darüber sein, was der Hamburger Beschluß in seinen Folgen bedeutet. Schiffsperre nach der Sowjetunion heißt Warenperre für das Land der Arbeiter und Bauern, bedeutet Sabotage der Massenbestellungen, die die Sowjetunion in Deutschland aufgegeben hat. Für die Massen der Weltbürger hat daher der Hamburger Beschluß zur Folge, neue Vertriebsverlegungen, Massenentlassungen, Kurzarbeit bei all den Industrien, die ihre Betriebe noch durch die Ausfuhren sowjetrussischer Waren erhalten. Vermehrter Hunger, vermehrtes Massenelend!

Der Beschluß der Reeder bedeutet einen guten politischen Anschauungsunterricht für die Arbeiter-

klasse der ganzen Welt. In allen kapitalistischen Staaten Schutz der Streikbrecher durch den Staatsapparat, Einsetzung von Militär und Polizei gegen die Streikenden, in der Sowjetunion allein volle Freiheit und Schutz der streifenden ausländischen Arbeiter.

Brünings Programm:

Weiterer Abbau der Sozialpolitik

Zerschlagung des Tarifrechts / „Deutschland in der Reaktion der Welt voran“ / Nur Kommunisten führen den Kampf gegen Sozialreaktion und Notverordnungs-Diktatur

Berlin, 14. Okt. (Eig. Ber.)

In einer Zeit, der sich rauh verschärfenden Wirtschaftskrise, des wachsenden Elends tritt der Reichstag zu einer kurzen Scharntanzung zusammen. Tiefe Unsicherheit herrscht im Lager der Bourgeoisie und Einigkeit nur in dem einzigen Ausweg, der ihr bleibt: Neue Massenbelastung, stärkere Unterdrückung.

In der heutigen Sitzung des Reichstages waren es nur die Kommunisten, die dem Kanzler, der seine Politik zu rechtfertigen versuchte, entgegen traten. Nazis und Deutschnationale stützten durch Abwesenheit. Nur die Kommunisten protestierten gegen die politische Richtung des Reichstages. Sie empfingen den Kanzler mit Zurufen und als er kein Programm entwickelte, waren es wieder die Kommunisten, die in Zwischenrufen die Empörung der Massen zum Ausdruck brachten. Betreten haben die Sozialdemokraten da, als Brüning, die Laten der Heilmann-Rüchler-Regierung für die Erhaltung des kapitalistischen Systems rühmte Sie schwiegen, als sich der Kanzler rühmte, daß Deutschland mit seiner reaktionären Sozialpolitik den Anfang gemacht habe. Die Sozialdemokraten schwiegen, als der Kanzler den weiteren Abbau der Sozialpolitik und die Zerschlagung des Tarifrechtes ankündigte. Auch die abgepeinigten „Linken“ schwiegen. Nur einmal wurde die sozialdemokratische Fraktion offensiv: Am Schluß der Tagung brachte die kommunistische Fraktion ein

Der Hamburger Beschluß muß in alle Herzen und Sinne der Weltbürger die eiserne Tatsache hämmern, daß die Sowjetunion der einzige Hort und das Rückgrat für die gesamte kämpfende Arbeiterklasse der ganzen Welt ist. Hamburg mahnt alle Klassenbewußten Arbeiter und Angestellten: Schützt die Sowjetunion vor den Anschlägen und Expansions des internationalen Räuberkapitals!

Kämpft mit der Kommunistischen Partei für das rote Selbsthilfeprogramm, für Brot, Arbeit und Freiheit, für ein sozialistisches Deutschland, in dem kein Platz für Streikbrecher und kein Platz für parasitäres Unternehmertum ist, das für ihre Lebensinteressen streifende Arbeiter in Zuchthaus wegen „Meuterei“ schiksen will.

Hoch auf die Sowjetunion, das Vaterland der Weltbürger aller Länder, aus. Der Reichstagspräsident Loebe ist hoch deswegen den Genossen Grube auf 2 Tage aus. Da hatte Herr Dittmann von der sozialdemokratischen Fraktion die eiserne Stirn zu fordern.

„Auf 30 Tage mühte man ihn ausschließen“

Als einziger Tagesordnungspunkt der heutigen Reichstagsitzung stand die Entgegennahme der Erklärung des Reichskanzlers. Vor Eintritt in die Tagesordnung protestierte der Genosse Lorgler

gegen die unerhörte polizeiliche Verhinderung des Reichstages, der Reichstag gleiche beinahe einer belagerten Festung, es fehle nur noch, daß man Stacheldraht um den Reichstag ziehe und Kanonen aufstelle!

Gegen die Stimmen der Kommunisten wird der Antrag abgelehnt.

Der Reichskanzler wird von den Kommunisten mit kühnen Zurufen begrüßt: „Hungertanzler“, „Abtreter“, „Kur-Diktator“.

Brüning rechtfertigte die Zusammenlegung des Wehr- und Innenministeriums in einer Hand. Die Leitung des Wehr- und Innenministeriums ist in einer Hand vereinigt. Mehr als je zuvor zwingt uns unsere heutige Lage zu einer einheitlichen Zusammenfassung der staatlichen Machtmittel namentlich auch der von dem Herrn Reichspräsidenten erlassenen besonderen Machtbefugnisse gegen alle Bestrebungen und Strömungen, die den Staat zu bedrohen suchen. Die Leitung der Wehrmacht wird ihre bisherigen bewährten Grundzüge weiter verfolgen, die eine Gewähr dafür bieten, daß dieses wichtige Machtinstrument des Staates jederzeit seinen Aufgaben gewachsen ist.

Brüning unterstrich das Einschwenken Deutschlands in die Antifront.

Deutschland hat im letzten Jahrzehnt mehr als alle Nachbarstaaten geprüft, wie die ungelösten politischen Fragen der Welt die innere Not bis zur Grenze des Erträglichsten gesteigert hat. Deutschland hat das Recht an die Völker der Welt den Appell zu richten, die Bemühungen zu der unerlässlichen solidarischen Zusammenarbeit endlich zur praktischen Tat werden lassen.

Dann kündigte der Kanzler den weiteren Abbau der Sozialpolitik an. Noch stärker als in den vergangenen Monaten ist eine Einigung von Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik aufeinander nötig. Die Reichsregierung, die sich schon in den vergangenen Monaten des Rates wirtschaftlicher Sachverständiger bedient hat, hat be-

Gegen Brüning-Diktatur

Demonstrationen in Berlin und Kassel

Berlin, 14. Okt. (Eig. Meld.)

In der Berliner Innenstadt kam es gestern abend zu spontanen Demonstrationen, an denen Tausende von Arbeitern und Erwerbslosen beteiligt waren. Die Straßen der Innenstadt waren schon seit dem Vormittag mit einem starken Polizeiaufgebot besetzt. Die am Tage aufgestellte Polizei wurde dann nachmittags nach der Leipziger und Friedrichstraße dirigiert, sie haben jedoch nicht verhindern können, daß die Arbeiter demonstrierten.

Kassel, 14. Okt. (Eig. Meld.)

Gestern abend kam es in Kassel zu großen Demonstrationen der Weltbürger. Bereits gegen abend setzte sich ein großer Zug Demonstranten in Bewegung. Bei seinem Marsch durch die Straßen schlossen sich dem Demonstrationzug immer mehr Männer und Frauen an. Nach anderthalbstündiger Demonstration wurde der Zug vor dem Rathaus aufgelöst. Nach Beendigung der Demonstration besetzte die Polizei die Verkehrsstraßen von Kassel.

Schlossen, einen Wirtschaftsbeirat zu ernennen. Mit ihm soll in kurzer Frist ein Wirtschaftsprogramm ausgearbeitet werden. Die bisherigen Maßnahmen der Reichsregierung haben dazu gedient

Die Selbstkosten der deutschen Wirtschaft zu verringern. Der Kanzler kündigt dann weitere Subventionen für die Industrie an. Die Sozialpolitik muß derartig gestaltet und gehandhabt werden, daß sie sich den finanziellen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten einfügt.

Dann fordert der Kanzler klar und deutlich die Festschlagung des Tarifrechts: Dabei kann man an dem verfassungsmäßig verbrieften Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmerschaft nicht vorbeigehen. Vor allem gilt das für den Tarifgedanken, der größerer Elastizität bedarf. Die Tarife müssen veränderten Verhältnissen schneller angepaßt werden können. Der Kanzler appelliert an den Arbeitersinn.

Der Abgeordnete Genosse Schläffer erhält einen Ordnungsruf, als er diese Tatsache der Festschlagung des Tarifrechts feststellt.

Im weiteren Verlauf der Rede Brüning's lagert es neue Ordnungsrufe gegen die Kommunisten. Noch einmal räumt sich Brüning: Heute ist nicht nur Deutschland den Weg gegangen, der in den anderthalb Jahren besprochen worden ist, sondern nahezu alle Nationen der Welt. Wir haben uns eher unpopulär gemacht, als die anderen Regierungen. Die Kommunisten rufen: „Das kann man nicht leugnen.“ Brüning verteidigt sich gegen den Vorwurf, daß er ein Zögerer sei.

Brüning führt auch einen Scheinkampf gegen die „nationale Opposition“. Den Namen Dr. Schacht nimmt er aber nicht in den Mund. Er beschränkt sich darauf, zu versichern, daß er die gleichen ausländischen Bankfachverständigen zu Rate gezogen habe, wie andere vor ihm (gemeint ist Dr. Schacht). Den Gehaltsabbau der Beamten rechtfertigt Brüning damit, daß er den früheren Regierungen Vorwürfe über die Gehaltserhöhungen macht. Brüning lobt die Politik der sozialdemokratischen Koalitionsregierung Hermann Müller. Es ist nicht Schuld des Kabinetts Hermann Müller, daß diese Situation so war. Als Brüning an die Adresse Hugenberg erklärt: „Sien Sie doch in diesem Punkt (der Bankkrise) etwas vorsichtig, sonst zwingen Sie mich eines Tages, hier von der Tribüne einmal ganz deutlich zu werden“, fordern die Kommunisten:

„Prangern Sie doch die Korruption hier an, was haben Sie dem Volke noch zu verheimlichen!“

Schweigend der Kanzler betreten und Genosse Lewo erhält einen zweiten Ordnungsruf. Brüning ist offen genug, klar auszusprechen, vor was sich die deutsche Bourgeoisie am meisten fürchtet: „Vor der Einheitsfront des kämpfenden Proletariats.“

Am Schluß der Sitzung ruft die kommunistische Fraktion geschlossen:

Hoch lebe Sowjetdeutschland, hoch lebe die Sowjetunion das Vaterland der Werktätigen aller Länder!

Der Genosse Grube erhält für den Ruf Rot Front einen Ordnungsruf und wird für 2 Tage von der Sitzung ausgeschlossen. Für die kommunistische Fraktion wird der Genosse Kemme morgen in ausführlicher Rede das System Brüning anklagen und von der Tribüne des Reichstages die Massen zum Kampfe zur Verteidigung ihrer Lebensinteressen aufrufen.

Eröffnung der Debatte Mittwoch 12 Uhr mittags.

Rüstet zum Erwerbslosen-Kongreß!

Alle Verluste der bestehenden Klasse, aus dieser Wirtschaftskrise herauszukommen, sind zertrümmert. Aus dem Hoover-Plan wurde nichts. Die französische und englische Hilfe ist ausgeblieben. Die großzügigen Besuche Brüning's vor den Thronen anderer Herrscher sind negativ verlaufen. Macdonald, Laual, Briand, alle Hungerminister der kapitalistischen Länder waren in Berlin und haben verhandelt. Die „großen Staatsmänner“ erzählen und beraten, aber das Elend wächst immer mehr an.

Während das Proletariat der kapitalistischen Länder einem elenden Hungerwinter entgegengeht, während die Scheunen und Magazine mit Waren und Lebensmitteln gefüllt sind, der Kapitalismus zur Erhaltung der Preise an die Vernichtung der Vorräte herangeht, die Trübsaligen nach ihren Grundrissen die Not der darbenenden Volkschicht bis zum Wahnsinn steigern, geht mit Riesenschritten der Aufbau des Sozialismus auf einem Sechstel der Erde — in der Sowjetunion — vor sich.

In Deutschland sollen wir die Erneuerung durch die „nationale Selbsthilfe“ erleben. Das alte Lied vom Aufspiechern und Weiterdarben. Die „nationale Selbsthilfe“ zieht auf, und mit ihr wächst das Elend der Erwerbslosen.

7-8 Millionen Erwerbslose

sind in diesem Winter zu erwarten. Wann werden die Millionenmassen auf Arbeit, Brot und Freiheit rechnen können? Der Kapitalismus ist am Ende seines Latens und kann seine Lohnsklaven nicht mehr ernähren. Die Profitwirtschaft verhindert die Inbetriebsetzung der stillgelegten Werke. Man fragt nicht nach dem Bedarf des wertvollen Volkes, sondern nach der Profitquote. Wir leben in einer Zeit, wo der von Karl Marx geprägte Satz:

„Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur ein Werk ihrer Klasse selbst sein!“

höchste Bedeutung erhält. Deswegen sehen wir der „nationalen Selbsthilfe“ und dem Hungerregime der herrschenden Klasse unsere

„rote Selbsthilfe“

entgegen. Die rote Selbsthilfe ist ein Hebel zur Durchführung unseres Halbjahrplanes. Durch selbigen müssen wir ein erhebliches Tempo in der Mobilisierung der Erwerbslosen erreichen. Angeheuer hemmt die bestehende Klasse durch ihre Polizeimaßnahmen unsere Agitation. Die Versammlungen werden verboten, unsere Funktionäre von den Arbeitsämtern verjagt, wenn sie versuchen, die Erwerbslosen aufzuklären. Ein schärferer Kurs wird gegen unsere Presse durchgeführt und überall versucht man, die Hungerrufe der Erwerbslosen durch den offenen Terror zu ersticken.

Der Bezirkserwerbslosenausschuß hat deshalb in seinem Halbjahrplan

die Aufgabe der Schaffung von 400 Erwerbslosenausschüssen 150 Vertrauensleitern, 20 Frauen- und 40 Jugendkommissionen und 200 Erwerbslosen-KGD-Gruppen gestellt.

Wir stellen fest, daß große Massen bereit sind, mit unseren Organisationen und Erwerbslosenausschüssen zu kämpfen. Noch haben wir das Ziel, Umorganisation aller Erwerbslosenausschüsse auf revolutionärer Einheitsfrontbasis nicht erreicht. Deswegen steht unser Halbjahrplan die Reumachen aller Erwerbslosenausschüsse auf breiter Grundlage vor. Unsere rote Initiative zur Durchführung des Halbjahrplanes ist die Grund-

Unter Ausnahmezustand

Parteibüro Hannover polizeilich besetzt!

Massenverhaftungen und Hausdurchsuchungen

Hannover, 14. Okt. (Eig. Meld.)

Am Montag haben im ganzen Bezirk Nieder-Sachsen bei zahlreichen Funktionären Hausdurchsuchungen stattgefunden. Gesucht wurde nach verbotenen Druckschriften und Waffen. In Hannover wurde die gesamte Kriminalpolizei des Kommando befehligt und sämtliche Räume eingehend durchsucht. Bei den Hausdurchsuchungen wurden zahlreiche Funktionäre verhaftet und vorhandene Broschüren beschlagnahmt. Der größte Teil der verhafteten Genossen mußte jedoch schon am selben Nachmittage wieder freigelassen werden. Gegen 15 Genossen wurde Haftbefehl erlassen. Sie haben sich morgen vor dem Schnellrichter zu verantworten. In der Begründung heißt es, daß auf Grund der neuen Notverordnung ein Exemplar einer verbotenen Schrift genügt, um gegen den Besitzer vorzugehen.

Im Sturmtempo wächst die Krise

Pfundsinkt bringt Entlassungen / Bereitet den Landestonareß der Erwerbslosen vor!

Dresden, 13. Oktober. In der zweiten September-Hälfte ist eine weitere Verschlechterung des Arbeitsmarktes eingetreten und zugleich eine Beunruhigung der Wirtschaftslage, die vorwiegend auf die Umgehung des Goldstandards in England zurückzuführen ist. England ist das Abfallland für mehrere Industriezweige des sächsischen Spinnstoff- und Bekleidungsgebietes, der Glas-, Papier- und Metallindustrie, sowie sonstiger Industriezweige. Die Auswirkung der englischen Währungsverhältnisse zeigte sich bereits in Entlassungen sowie in Stilllegungsanzeigen. Auf die englischen Währungsverhältnisse sind beispielweise die Anträge auf

Teilstilllegung einer Wolllwarenfabrik, Papierfabrik, Metallwarenfabrik, Korkfabrik, Stummelwarenfabrik, von vier Bürstenfabriken, einem Emaillewerk und einer Textilherstellungsfabrik im Bezirk Aue, ferner die Stilllegungsanzeigen einer großen Glasfabrik sowie einer Glasblecherei im Bezirk Trebsa zurückzuführen.

Darüber hinaus größere Entlassungen aus der Strumpf- und Stoffhandelsindustrie in Weiskirchen und der Baumwollspinnerei und -weberei in Ostfriesland. Die zahlenmäßigen Auswirkungen werden sich erst in den kommenden Wochen stärker zeigen.

Von Mitte bis Ende September ist die Zahl der Arbeitssuchenden in Sachsen von 545 349 auf 551 902, also um 6553 oder 1,2 v. H. angewachsen. Die Zunahme betrifft vorwiegend die männlichen Arbeitssuchenden (plus 6156), während die Zahl der arbeitssuchenden Frauen infolge von Beibehaltung der einzelnen Zweigen des Spinnstoffgewerbes und infolge der Verdrängung des Bekleidungsgebietes nur um 397 oder 0,3 v. H. angestiegen ist.

An der Verlastung des Arbeitsmarktes sind in erster Linie die Außenberufe sowie die Metallindustrie beteiligt, und zwar das Baugewerbe und die Metallindustrie mit je über 1500 Zugängen an Arbeitssuchenden, die Lohnarbeit wechselnder Art mit rund 1300 Zugängen, das Berg- und Hüttenwesen mit etwas über 900, und die Industrie der Steine und Erden mit fast 500 Zugängen.

Anschließend wächst die lange, graue Arbeitslosen-schlange. „Kein Stück Kohle, keine Kartoffel für den kommenden Winter im Keller. Nichts auf dem Leibe, nichts im Beise. Das sind die Folgen der Isolierungspolitik der SPD, der Kurpfuscher am Kapitalismus. Aber die Erwerbslosen rufen gemeinsam mit den Betriebsarbeitern. Am Sonntag, dem 18.

Oktober werden sie auf der Landeskonferenz sächsischer Erwerbsloser, die ein wichtiger Auftakt zur Mobilisierung der Erwerbsarmee ist, Kampfmaßnahmen für den Winter, der sein Hauptverderben in den Kampfjahren für die Arbeiterklasse sein wird, beschließen.

Kein Wunder, wenn die Bourgeoisie aus Angst mit allen Mitteln die Frage: „Wie kommen wir über den nächsten Winter?“ zu lösen versucht. Und sie soll gelöst werden auf den Rücken der Werktätigen. Dieser Widerstand allein genügt, um zu wissen, daß dadurch nur neues Öl in die erweichende Flamme des Kampfes geschossen wird. Anders als durch den Weg, den die KPD anzeigt, kann diese Krise nicht bezwungen werden.

Aus den obigen Zahlen müssen wir eines lernen: Das Sturmtempo wächst. Das verlangt von uns, in

Arbeitsunermüdlich an der Herstellung der proletarischen Einheitsfront, an der Auslösung von Wirtschaftskämpfen, die diesem System wichtige Schläge versetzen. Je eher wir bereit sind, desto eher schaffen wir Arbeit und Brot.

4 Prozent Lohnabbau bei den sächsischen Papierarbeitern!

In der sächsischen Papierindustrie wurde ein vierprozentiger Lohnabbau durch Schiedspruch gegen die Papierarbeiter diktiert. Wir kommen morgen auf diesen Schiedspruch zurück.

GWJ-Ortsgruppe aufgelöst

Nürnberg, 13. Okt. (Eig. Meld.)

Die Bezirksleitung der Sozialistischen Arbeiter-Jugend hat die Ortsgruppe Nürnberg aufgelöst. Der Schiedspruch wurde gefaßt, da fast sämtliche führenden Funktionäre gegen die Parteileitung stehen und eine Opposition organisieren. Am Freitag soll in einer Mitgliederversammlung der Versuch gemacht werden, eine neue SAJ zu gründen. Zweifelslos wird jedoch ein Teil dieser SAJler den Weg zum kommunistischen Jugendverband finden.

NSD führt siegreichen Streit

Vom 6. bis 10. Okt. streikten in Celle 120 Gemeindearbeiter unter Führung der NSD und errangen einen glänzenden Sieg. Die Reformisten lehnten Streit ab und prophezeiten den schnellen Zusammenbruch. Die Verhandlungen wurden von der NSD geführt und die gewählte Streikleitung wurde vom Meistrot als Verhandlungspartner anerkannt.

Neues in Kürze

In der Nacht zum Dienstag wurden zwei in rote Tücher gewickelte Steine gegen das Eingangstor der Reichshaus-Gesandtschaft in Berlin geworfen. Ein Stein zertrümmerte die linke Torglasscheibe. Die Wurfgeschosse enthielten Zettel mit folgender Aufschrift: „Wir leben trotz Verbot. Heil Moskau! Nieder mit dem Verbot des NSD, Wien!“

Im Bezirk Ostsachsen werden in der Zeit vom 16. bis 20. Oktober

Massenmeetings gegen Kriegsgefahr

stattfinden. Es werden sprechen die

Genossin Deveyens, Paris.

Genosse Fong Keng, Mandschurei.

Außerdem werden von der UB-Leitung der Kommunistischen Partei die Genossen M. Schneider und Buckendahl sprechen. Die Versammlungen werden vorbehaltlich der polizeilichen Genehmigung in folgenden Orten stattfinden:

16. Oktober in Dresden, Blumensäule und Koglerheim.

17. Oktober in Großröhrsdorf.

18. Oktober in Meißen und Pirna.

Thema in allen Versammlungen:

„Weltkatastrophe des Kapitalismus und wachsende Kriegsgefahr“.

Wichtige Eckert-Versammlung in Berlin

Entlegene Mittelständler kommen in Massen / 50 Aufnahmen für die KPD

Am 12. Oktober sprach der bisherige Pfarrer, Genosse Eckert, in einer Massenversammlung der Kommunistischen Partei in den Spichernsälen in Wilmersdorf. 1500 Menschen drängten sich in dem überfüllten Saal. So etwas hatte Wilmersdorf noch nicht gesehen. Eckerts Ausführungen fanden fürstlichen Beifall.

In der Diskussion sprach ein junger, christlicher Arbeiter, der erklärte, daß er mit einer ganzen Gruppe christlich-proletarischer Jugend im Osten Berlins zur Kommunistischen Partei gekommen sei. (Beifall.)

„Wir wollen mit euch kämpfen, weil wir den Wert der Einheit der Arbeiter erkannt haben. Nicht das Trennende suchen, das Gemeinsame derer, die die neue Welt bauen wollen, ist das Wesentlichste.“ (Noch härtere Beifall.) Ein Student der Theo-

logie, als solcher stellt er sich vor, spricht noch, dann geht Arthur Holtscher auf die Bühne und begrüßt Eckert mit warmen Worten.

Eckert mußte dann noch zu einer Versammlung nach dem Wedding. Der ganze Saal springt auf, als er herausgeht. Rot Front, von allen Seiten wird gegrüßt. Die Wälle sind spontan „Wilder zur Sonne, zur Freiheit“. Die zahlreich erschienenen Mittelständler und Intellektuellen stehen kumm, den Hut in der Hand, so etwas kennen sie nicht, das haben sie noch nicht gesehen, das ist Begeisterung und Kampfesfreude.

50 Aufnahmen in die Kommunistische Partei darunter mehrere Mittelständler, sind das organisatorische Ergebnis. Die vom Kapital-ins tefte Elend gestützten wertvollen Massen kommen zu uns.

Partisanenaufstand in der Mandchurei

Die Partisanenorganisation „Großes Messer“ erobert mehrere Bezirke — Aufteilung des Bodens unter die Kleinbauern — Die Provinz Kirin in Aufruhr

Peking, 12. Oktober. Nach Meldungen aus Chargin hat die Partisanenbewegung unter den Bauernmassen in der Mandchurei durch den kriegerischen Einfall Japans einen mächtigen Auftrieb genommen. Die revolutionäre Partisanenorganisation „Großes Messer“ entfaltet in der ganzen Mandchurei eine gesteigerte Aktivität. Unter der Führung dieser Organisation sind bereits in verschiedenen Teilen der Mandchurei Aufstände ausgebrochen.

Bauernpartisanen eroberten mehrere Bezirke, vertreiben die Behörden, setzen eine eigene revolutionäre Verwaltung ein, beschlagnahmten alle Vorräte der Grundbesitzer und der reichen Kaufleute, organisierten die Herstellung von Lebensmitteln, setzten Revolutionärgerichte ein, beschlagnahmten und verteilten den Grund und Boden unter die Kleinbauern.

In der Provinz Kirin ist ein großer Bauernaufstand ausgebrochen. Die „Regierung“ von Kirin organisiert gemeinsam mit den japanischen Besatzungstruppen den „Kampf gegen den Kommunismus“.

Der Bombentrieb in der Mandchurei

Die Stadt Peiling von 40 japanischen Flugzeugen bombardiert — Amerika greift ein

Peking, 13. Oktober. Nach einer Meldung aus Mukden haben am Montag 40 japanische Bombenflugzeuge die chinesische Station Peiling an der Strecke Mukden-Peking mit Bomben betrorfen. Viele Personen wurden getötet.

Ein außerordentlicher Kabinettsrat in Tokio befahte sich am Montag mit der mandchurischen Frage. Umfänglich wurde besprochen, daß die japanische Regierung jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Vereinigten Staaten als auch des Völkerbundes in den japanisch-chinesischen Streit energisch zurückweisen werde und daß sie auch weiterhin auf einer direkten Regelung zwischen der chinesischen und japanischen Regierung bestehe.

Der ständige amerikanische Beobachter beim Völkerbund, Generalmajor Gilbert, teilte dem Generalsekretär mit, daß der Sekretär der amerikanischen Botschaft in Tokio und der amerikanische Gene-

ralkonsul in Chargin in der Südmandchurei Feststellungen über die Lage machen sollen.

Staatssekretär Stimson hat den amerikanischen Beobachter in Genf, Generalmajor Gilbert, radiotelephonisch ermächtigt, der Einladung des Völkerbundes, an den Beratungen über den fernöstlichen Konflikt teilzunehmen, Folge zu leisten. Damit wird zum erstenmal ein amtlicher Vertreter der amerikanischen Regierung an einer Genfer Ratssitzung teilnehmen. Andererseits aber behält sich Amerika volle Handlungsfreiheit vor.

Der Fünfter-Konferenz des Völkerbundes, dem außer dem Ratspräsidenten die vier europäischen Großmächte angehören, tritt am Dienstagvormittag zu einer geheimen Sitzung zusammen, an die sich sodann eine Vollsitzung des Rates anschließen wird. Man nimmt an, daß der amerikanische Beobachter bei den Ratsverhandlungen hinzugezogen wird.

Moskau rüstet zum Oktobertag

Moskau, 12. Oktober. Die werktätigen Massen Moskaus bereiten den Jahrestag der Oktoberrevolution mit außerordentlichem Enthusiasmus vor. Der Feiertagschmuck der roten Hauptstadt wird die wachsende Macht des proletarischen Staates zeigen. Auf dem Roten Platz werden in künstlerischer Form zwei Welten gezeigt: der faulende kapitalistische Westen und die wachsende Macht der Sowjetunion. Die Dekoration des Revolutionsplatzes ist den Fragen der Verteidigung und der revolutionären Bewegung der ganzen Welt gewidmet.

Andere Plätze werden in künstlerischer Form den Städtebau, den kulturellen Aufbau, die Verbesserung der Arbeiter, die Beherrschung der Technik in der Sowjetunion zeigen. Auf dem Smeraldow-Platz werden die wichtigsten Neubauten in Modellen gezeigt werden. Auf dem Herzhinsti-Platz wird eine graphische Darstellung der sechs Stalinschen Bedingungen der neuen Arbeitsmethode gezeigt werden. Alle Hauptstraßen Moskaus werden nach einzelnen thematischen Plänen künstlerisch ausgestattet. Manche Straßen werden in künstlerischer Weise die Siege auf dem Gebiet der Metalle, der Kohle und des Kaphthas darstellen. Andere werden die kommunistische Jugend, die Pionierbewegung usw. widerspiegeln. Der künstlerischen Ausschmückung der Arbeiterviertel wird Material zugrunde gelegt, das Errungenschaften der betreffenden Viertel unter Berücksichtigung der führenden Betriebe auf ihrem Territorium kennzeichnet.

Mit der Ausschmückung Moskaus ist die gesamte künstlerische Öffentlichkeit beschäftigt. 700 Künstler der Sowjetunion und eine Gruppe ausländischer Architekten haben ihre Dienste für die Ausschmückung Moskaus zum 14. Jahrestag angeboten.

„Stoßbrigade der Stoßbrigaden“

Moskau, 13. Oktober. Im „Elektrowod“ ist eine Gruppe amerikanischer Werkzeugmacher eingetroffen, die von den Arbeiterorganisationen Reunorks und der Sowjetunion organisiert, die Aufgabe hat, den russischen Arbeitern bei der Aneignung neuer Produktionszweige zu helfen. Die Gruppe hat sich den Namen „Stoßbrigade der Stoßbrigaden“ beigelegt.

Während des Meetings auf dem Belhrussischen Bahnhof in Moskau erklärten die amerikanischen Werkzeugmacher, daß sie sich entschlossen seien, gemeinsam mit dem Proletariat der Sowjetunion für den Aufbau des Sozialismus zu kämpfen. Sie verzichteten auf alle Privilegien, die hochqualifizierte ausländische Arbeiter in der Sowjetunion genießen.

Stahls und Baumwolle in der Sowjetunion

Baumwollanbaufläche verdreifacht!

Moskau, 12. Oktober. Die Telegraphenagentur der Sowjetunion teilt mit, daß am 1. Oktober in der Sowjetunion 96 Prozent der gesamten Flachs- und Baumwollanbaufläche, die sich heute auf 2,4 Millionen Hektar gegenüber 1.135.000 Hektar im Jahre 1913 beläuft, abgeerntet waren. Baumwolle ist in diesem Jahre auf einem Gebiet von zwei Millionen Hektar angepflanzt, gegenüber 640.000 Hektar im Jahre 1913.

Genosse Andrejew — Volkskommissar für Verkehrswesen

Moskau, 12. Oktober. Die Presse veröffentlicht ein Dekret des Rates der Volkskommissare vom 1. Oktober, in dem die Arbeit des Volkskommissariats für Verkehrswesen als ungenügend und unbefriedigend bezeichnet und darum eine sofortige Abklärung der Leitung dieses Volkskommissariats für notwendig erachtet wird.

Zum Volkskommissar für Verkehrswesen ist inzwischen an Stelle von Kusimowitsch der Volkskommissar für Arbeiter- und Bauerninspektion und Vorsitzende der Zentralkontrollkommission, Andrejew, ernannt worden.

Sofia, 13. Oktober. An Stelle des zurückgetretenen Ministerpräsidenten Ralinow wurde der bisherige Innenminister Mutschanow Ministerpräsident und Außenminister.

Die chinesische Sowjetregierung zum Krieg in der Mandchurei

Schanghai, 12. Oktober. Die „Schanghai Times“ veröffentlichen einen Auszug aus dem Manifest der Zentralen Sowjetregierung Chinas an die Werktätigen der ganzen Welt anlässlich der Befreiung der Mandchurei durch den japanischen Imperialismus. Das Manifest lautet:

„Unmittelbar nachdem die Sowjetrepublik Zentralchinas ihren letzten schweren Kampf mit der imperialistischen Kuomintang siegreich beendete, indem sie 300.000 gut bewaffnete, für den endgültigen Kampf gegen die Kommunisten“ entsandte Kuomintangsoldaten abkämpfte, okkupierten die japanischen Imperialisten, die Führer der östlichen Reaktion, gewaltsam die Mandchurei.“

Nach den „Schanghai Times“ entlarvt das Manifest des weiteren die japanischen Imperialisten, die ihre lange vorbereiteten Pläne zur Erweiterung Japans auf dem asiatischen Festland auf Kosten der werktätigen Massen Chinas durchzuführen. Das Manifest spricht aus, daß der Völkerbund als Instrument des Imperialismus, im allgemeinen die Interessen der mächtigsten Imperialisten vertritt. Diese Interessen bestehen u. a. darin, daß Japan sich in Nordchina befestigt und einen bestimmten Teil der Vorbereitungen des Imperialismus zum neuen Weltkrieg ausführt, mit dessen Hilfe die schwankende kapitalistische Welt den letzten verzweifelten Versuch machen will, ihren Fäulnisprozess zu verlängern, ihren Untergang hinauszuschieben.

„Die Kuomintang“ heißt es im Manifest, „die sich in der Vergangenheit dem ausländischen Imperialismus verkauft hat, bereitet sich dazu vor, sich wieder zu verkaufen, die chinesische Revolution zu vernichten und die militärische Basis für den Angriff gegen die Sowjetunion zu schaffen.“

Zum Schluß fordert das Manifest alle Werktätigen auf, „Massenbewußt an die Seite der Arbeiter und Bauern Chinas zu treten“.

Die Arbeiter verteidigen ihre Zeitung

London, 11. Oktober. In allen Teilen Großbritanniens werden Schritte unternommen zur Verteidigung des „Daily Worker“. Mit besonders gutem Beispiel sind die Genossen des schottischen Bergarbeiterdistrikts von Baise von vorne gegangen. Sie haben ein „Daily Worker“-Verteidigungskomitee auf Initiative der Ortsgruppe der Reichs-erwerbslosenbewegung ins Leben gerufen, an dem sich alle Gewerkschaftsgruppen, Genossenschaftsgruppen usw. beteiligen.

In dem Bericht, den der heutige „Daily Worker“ veröffentlichte, heißt es:

„Im Falle, daß der „Daily Worker“ verboten wird, werden wir ein lokales Organ erscheinen lassen. Wir haben bereits die notwendigen Vorbereitungen getroffen.“

Seit Beginn der Kampagne zur Unterstützung des „Daily Worker“ bis zum 24. September sind 256 Pfund Sterling eingelaufen.

Vor dem Mietsgericht

Ein junger Proletarier ist von seinem Hauswirt wegen eines zweimonatigen Mietrückstandes von 70 Mark verklagt worden. „Ich bin seit drei Monaten arbeitslos“, erklärt der Beklagte. „Meine Frau ist operiert worden und mußte drei Wochen liegen. Wie sollte ich da die Miete aufbringen. Jetzt habe ich Arbeit in Aussicht und verpflichte mich, die 70 Mark in sechs Wochen abzurufen.“

Der Richter fragt den Vermieter, einen wohlgenährten Kleinbürger, ob er sich so lange „gebuden“ will. Der Herr Hauswirt läßt sich lange bitten, hält eine Rede über den „Mergel, den man mit den Mietern hat“. „Es ist ein Kreuz mit den

Mietern. Aber ich will noch einmal ein Auge zudrücken.“ Zum Mieter: „Wenn Sie aber noch ein einziges Mal im Rückstand bleiben, dann gibt's keinen Pardon. Dann fliegen Sie.“

Der Richter gibt zu Protokoll: „Verpflichtet sich, innerhalb von sechs Wochen die rückständigen 70 Mark zu zahlen.“ Zum Beklagten: „Dem Kläger steht drei Tage nach dem Fälligkeitstermin das Recht der Pfändung und nach weiteren acht Tagen das Recht der Exmitterung zu.“

„Kämpferin“ Nr. 13 ist erschienen

Unter dem Titel: „Es gibt nur eine Rettung — Kampf!“ wird die drückende Not der werktätigen Frau durch die Notverordnungen und die Unternehmerrückfälle geschildert. Ein erschütterndes Bild des Lebens der Arbeiterinnen in den Textil- und Metallbetrieben entrollt sich. Ein einziger Schrei bringt aus Millionen Frauenmühen: „Wo ist der Ausweg aus Hunger und Not?“ Die Antwort darauf lautet: „Kampf! Kumpelstrauen in der roten Streiffrone!“ heißt der Ruf der Bergarbeiterstrauen an der Ruhr, von Oberschlesien und Waldburg.

Zahlreiche Korrespondenzen aus Betrieb und Warenhaus liefern interessantes Material. „Ein Brenneisenstrauh für Toni Sender“ heißt es an anderer Stelle. Zwei Tagungen — zwei Welten, die sich am 10. und 11. Oktober in Leipzig gegenüberstehen: Mitteldeutscher Länderkongress werktätiger Frauen und Tagung des Bundes Deutscher Frauenvereine.

In der Unterhaltungsbelle befindet sich ein Auszug aus dem hochinteressanten Roman „Rosenhoffstage“ von Willi Bredel.

Die Zeitung ist auch diesmal reich illustriert und bietet jeder Arbeiterfrau eine unentbehrliche Waffe im täglichen Kampf um bessere Lebensbedingungen. Die „Kämpferin“ bringt jetzt auch laufend ausführliche Berichte über die stattfindenden Länderkongresse werktätiger Frauen.

Steigt den Vertrieb der „Kämpferin“! Werbt neue Abonnenten!

Das Nishnij-Nowgoroder Automobilwerk

Zwölf Kilometer von Nishnij Nowgorod entfernt, am linken Ufer des Flusses Oka, sind auf einem Gelände, dessen Umfang 22 Kilometer mißt, riesige Fabrikbauten, hunderte von Nebengebäuden, Großküchen, Speisehallen, Theater usw. errichtet worden. Es ist der Neuenbau des Nishnij-Nowgoroder Automobilwerkes, das am 1. November dieses Jahres in Betrieb gesetzt wird.

Die Baukosten des Werkes betragen 237.000.000 Rubel. Das Werk soll 144.000 Kraftwagen jährlich bauen; 94.000 anderthalb-tonnen Lastautos und 50.000 Personenautos.

Jede 2 Minuten ein Automobil — lautet das Programm des neuen Werkes.

In dem Werk werden 14.700 Arbeiter tätig sein. Besonders bemerkenswert sind die sechs 536 Meter langen Riesenhallen — die Montageabteilung, die größte in Europa. Sie ist in 43 Tagen aufmontiert worden, anstatt der planmäßig vorgeschriebenen 60 Tage.

An der Baustätte sind jetzt 12.000 Arbeiter beschäftigt — eine beträchtliche Siedlung, die sogar ihre eigene Tageszeitung herausgibt.

Von den Bauten werden schon die Verschaltungen gelöst. An den Betonarbeiten wird die letzte Hand angelegt. Die Aufmontierung der Werkabteilung ist in Gang. Es werden komplizierteste ausländische, vornehmlich amerikanische Maschinen installiert.

Bei den Bauarbeiten wurde auch ausländische technische Hilfe in Anspruch genommen. Bekanntlich hat Ford der Sowjetunion laut Vertrag seine Patente, Pläne und Zeichnungen übergeben und Sowjetfachleuten die Möglichkeit gewährt, in seinen Betrieben in Amerika zu arbeiten, um die amerikanischen Methoden des Automobilbaues kennenzulernen. Auch die amerikanische Firma Rustin betätigt sich bei den Bauarbeiten im Rahmen eines technischen Hilfevertrages.

An der Stelle, an der sich jetzt das neue Riesenwerk erhebt, lag noch im Mai vorigen Jahres einames Oedland. Der Bau des Werkes hat somit nicht mehr als 17 Monate in Anspruch genommen.

Unser nächster Roman...

Man darf darauf gespannt sein!

Mietern, es ist ein Kreuz, heute Häuser zu besitzen, Herr Amtsgerichtsrat.“

Einer aus dem Zuschauertrium ruft: „Noch schlimmer ist es, nicht zu wissen, wo man die Nacht schlüft.“

Der Richter streng: „Ich verbitte mir jede Neußerung der Zuschauer, sonst lasse ich räumen.“

Der Hausbesitzer ist erfreut. „Sehen Sie, Herr Amtsgerichtsrat, mit solchen Renten muß ich mich ramschlagen.“ Und dann groß-

Dresden-N.

80% Lebensmittel - Herrmann 80% Königsbrüder Straße 62 • Hauptstraße 34 auf sämtliche Waren

Du brauchst nicht mehr nach Altstadt laufen Du kannst bei Wädicke-Meinert kaufen! Louisenstr. 67

Gäbler Alaunstraße 25 6% Edeka-Rabatt

Kauft Lebensmittel stets billig und gut bei Saß, Görlitzer Str. 29 6% 6%



Immer daran denken! Hasen-Müller nur Alaunstraße 33 u. Halleyststraße 1

Restaurant „Zum Sportplatz“ Verkehrsbüro der Metallarbeiter



Drogen und Farben E. Stephan Fichtenstraße 8b Herren- und Damen-Frisier-Salon Bruno Göppert, Sechtstraße 12

Kurt Wünschmann Hechtstraße 35 Papier- und Buchhandlung Spielwaren - Schulartikel

Reserviert II

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei Paul Wenzel, Louisenstr. 77, Ecke Kamener Str. 1

Lebensmittel, Grünwaren Billiger Emil Lehnerl Neustäd. Brotverkauf Markt 9

Rudolf Stürze Neustäd. Markt 5 Sirumpie, Wollwaren, Garne

Besucht Automat Alaunstraße 4

Gaststätte zum Hackepeter Joh. Alfred Kiedel, Bischofsplatz 76 / Verkehrsbüro der Arbeiterschaft / Prima haus-schlechte Fleisch- und Wurstwaren

Warenhaus Meidner & Co. Bischofsplatz 8/10

Hommels Schokoladenhaus Ecke Torgauer- und Herderstraße und Neugorstadt I, Sa.

Lebensmittelhaus Alw. Bluhm Fritz-Reuler-Straße 1 6%

6% Rabatt Lebensmittel jeden Donnerstag Schlachtfest A. Kirschner Louisenstraße 25

Obst und Grünwaren Reinhold Klöckner Louisenstr. 30

Markthalle Paul Conrad Louisenstraße 46

Lack- und Farben-Spezialgeschäft Friedr. Karl Schaal, Hechtstr. 17 Verleih von Leitern u. Streichbürsten

Wurst-Scherbe

Alaunstr. 28 Antons-Markthalle Stand 270/71 Fleisch Wurst Butter Käse Eier

Neustädter Markthalle Stand 51 u. 145 Großer Umsatz, kleiner Nutzen bei bester Qualität

Möbelhaus und Werkstätten Küchen - Schlafzimmer - Speisezimmer Polsterwaren-Aufbereitung nach Wunsch Kleiner Metzger Dasse 4, am Neustädter Markt

Bäckerei und Konditorei Max Richter, Martin-Luther-Straße 13

Frauen-Bäckerei Reform Markgrafenstraße 16

„Fruchthaus“ Paul Pawlak Bautzner, Ecke Löwenstraße 19

Reform-Drogerie Gierlich Reformstraße 24

Ernst Glau Flaschenbiergroßhandlung Mineralwasserfabrik

Hauptgeschäft: Körnerstraße 1 und 3 Zweiggeschäft: Leipziger Straße 159 Voglerstraße 51 Allplanen 8 Trompeterstraße 9

Kauft Farben, Lacke, Pinel Streichbürsten teilweise Betteln verleih kostenlos Kurt Dörfler, Görliger Straße 42

Arbeiter, verlangt ff. Riesen-Altdeutsche in den Lokalen die von der Wurstfabrik E. Scherzberg, Kieferstraße 11

Starke's Kurbad Bautzner Straße 81, I, Ruf: 81509 An all. Krankenkassen zugelassen Besucht die Privat-Kurbäder!

Fleisch- und Wurstwaren Arthur Fritzsche / Bautzner Str. 30

Obst, Grünwaren, Landesprodukte H. Brohmann - Markgrafenstraße 39

Guido Vetter, An der Dreikönigskirche 5 Das gute G.-V.-Brot sowie alle anderen Backwaren

Oskar Köhler Nachf. / Alaunstraße 14 Trikotasen, Wollwaren, Herrenartikel

Alfred Dittner, Alaunstr. 31 Brot- u. Feinbäckerei, Spez. Dreierlein

Dietrich Ridelhahn, Martin-Luther-Str. 5 Wollereiprodukte

Albin Lots, Alaunstraße 70 Lebensmittel / Grünwaren

Kauft in Geyer's Fischhaus Hauptstraße

Ernst Stephan, Jordanstr. 15 Milch- und Butterhandlung

Feine Fleisch- u. Wurstwaren 6% empfiehlt EMIL OISEL Fritz-Reuler-Straße 6

Paul Wiso, Sebnitzer Straße 11 Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

Markthalle Becker Rammer Straße 30

Lichtspiele Bischofsplatz 2, 4 Dienstags und Freitags Programmwechsel

Referiert 100

Ulfred Bach Hauptstraße 3

Hausfrauen, fault bei Wurst-Wagen Königsbrüder Straße 64

Emil Görner Antonstraße 18 Feinste Fleisch- und Wurstwaren

Bäckerei und Konditorei Frommelt, Sechtstr. 61

Rohlenhandlung L. Kiede, Windmühlenstraße 2

Brot-Feinbäckerei Rudolf Dohndt, Reformstraße 3

ff. Fleisch- und Wurstwaren Carl Eichhorn Grenadierstraße 1

H. & G. Blütdorf, Dresden-N. 6 Martin-Luther-Straße 20, Gebrüder 1908, Telefon 3052, 3064. Komplettes als Lieferanten an Wiederverkäufer von Ja Saurekraut, sauren und Pfeffer-Gurken erster Qual., W. Spieckartlein

Friedrich KLOTZ G. m. b. H. Königsbrücker Straße 40/42 • Bautzner Straße 271 Freiburger Platz 25 Eisenwaren, Herde, Werkzeuge für Haus, Hof und Garten

Weinböhla

Pieschen

Kötzschenbroda

Bährisch, Fruchtwalkkellerei Pilsener, Zigaretten, Cigarren / Wettinplatz 7

Hans Bleilitz, Hauptstr. 10 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Oberer Gasthof Hauptstraße 2

Wag Schlich Hauptstraße 21 / Fahr- u. Motorräder

W. Unterböcker / Hauptstraße 33 Kolonialwaren, Spirituosen

Stiefelhandlung Oskar Händel Strabigefeldstr., Gartengeräte, Ofen und Herde

Randlöcher, Bäckerei und Café Alfred Stiegler, Hauptstraße 26

Paul Zahn, Hauptstr. 56 Kolonialwaren, Weine, Kaffee, Zigaretten

Emil Gierl Feiseur Wettinplatz 4

MöBEL-SCHURIG Hauptstraße 35

Der gute Kaffee von Emil Burkhardt Nachf. Kirchplatz 14

OTTO WENDT Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei Kirchplatz 14

Oswin Reichel / Oellerstraße 2 Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

Frisier-Salon H. Andert Dresden Straße 34

Optiker R. Wintler Markgräber Straße 9 Spezialabteilung für Dioptrische Geräte, Diatombrennen u. Helioskopier

Hugent Reinhold, Hauptstr. 41 Herrenartikel / Zerkolagen Wolle / Strumpfwaren / Wäsche

Hirsch-Drogerie Arno Oppelt Torgauer Straße Nr. 36 Skmerelen / Fotoartikel / Weinhefen

Hermann Schubert Alt-Pieschen 4 Holz - Kohlen - Birkenzweig

Farben - Lacke - Seifen gut und billig Walter Lehmann Bürgerstr. 18 / Lager: Dammweg 10

Fleisch- und Wurstwaren Franz König, Leipziger Str. 80

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei E. Martin Markgräber Straße 3 Ecke Leiniger Platz

Franz Meyer, Wurzener Str. 4 Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

Akku-Ladestation Emil Lischer, Oschatzer Str. 17

Ranke-Drogerie Alfr. Mühlbach Leipziger Straße 109 Ecke Rankestr. Drogen - Seifen - Parfümerien

Milch- und Butterhandlung Albert Goldammer Leipziger Str. 207

Kolonialwaren, Obst- u. Grünwaren Herderstraße, Leipziger Str. 104

Coswig J. Neun, Herrenbekleidung Hauptstraße 16

Max Beyer, Pieschenplatz 4 Kohlen und Futtermittel

Kohlen, Alfred Teichmann

Lederhandlung Liebe 3-stufige Schuhmacher-Bedarfsartikel Seblerstraße 39

Karl Gottsch 50% u. Gemüße Kolonialwaren Dresden Straße 30

Walter Stiller Gaasthof Naundorf Fleischerei und Wurstfabrik

Radio-Wünsche Radio-Anlagen / Schallplatten Zellulose / Markgräber Str. 3

Mar-Lo-Laden Dauergebäck und Süßwaren Harmoniestraße 4

W. Wagenknecht Landesprodukte Vorwerkstraße 9

Geschwaren fauft man gut u. preiswert bei W. Goldt, Reihner Str. 93

Storch-Drogerie, Hauptstr. 11 Drogen / Farben / Lacke

Herren- u. Damen-Salon Troncke

Restaurant „Zum Stern“ Ernst Plettsch, Tel. Klotsche 661

Licht-, Luft- und Schwimmbad 8000 qm Wasserfläche, Sportplatz, Strandbad, Sandstrand, Turnhalle, 1000 Stellen, geöffnet vom 1. März bis 1. September

Telchwirtschaft Schenk- u. Spisalokal Max Schöbel und Frau Tel. 344

Alle Fabren mit leiberrillten Wagen Mobilitätsgruppe nach all. Gegenden Julius Leuthold Telefons Klotsche 599

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei Ida Müller, Königsbrücker Straße 182

Café Köhlerhütte direkt am Pieschen-Hermann-Bad, Telefon Klotsche 840, Schöner Sommeraufenthalt

Polstererei und Lederwaren Alwin Hofmann, Königsbrücker Str. 84

Lindenhol Verkehrsbüro d. Arbeit.

Möbelhaus Paul Gutman

Flora-Drogerie Meißner Str. 137 Drogen, Farben, Lacke

ff. Fleisch- und Wurstwaren Valentin Rau

Paul Naumann, Papierwarenhandlung Gartenstraße 18 (neben der Schule)

Reformhaus Bahnhofstraße Nr. 18

Strohgeflecht, Gartengeräte, Blumenschirm, empf. Mähfr. Osm. Berger, Hauptstraße 14 General 11307

Thimmig & Stöwe Luisenstraße 3 Ruhlöcher aller Art

Besucht das Bad-Galé, unmittelbar beim Dörfelbad, Endstation d. Straßenb.

H Fleisch- und Wurstwaren Fritz Thomas, Scholzstraße 4

Buch- und Papierhandlung Kittenberg

Schuhmacherei Otto Meyer Königsbrücker Straße 90

Arthur Popp, Bäckerei Königsbrüder Straße 62

Holz- und Kohlenhandlung Kleinförderung - Lastfahren per Auto MARTHA VEW-SCHNEIDER Telefon Klotsche 580

Prima Fleisch und Wurstwaren Max Beyer, Königsbrücker Straße 80 - 123 Telefon Klotsche 847

TEXTIL-BEHNSTEIN Referiert

96000 fordern Arbeit und Brot!

Kommunistischer Arbeitsbeschaffungsplan für Dresden / Die Kommunistische Partei zeigt wie Arbeit beschafft und finanziert werden kann / Für die Hungernden, gegen die Gatten!

Erwerbslose, kämpft mit uns!

Die Kommunistische Partei hat für Dresden gemeinsam mit den Betriebsräten und revolutionären Erwerbslosen ein Programm aufgestellt. Dieses Programm zeigt, wie Arbeit beschafft und finanziert werden kann, gegenüber dem verlogenen Geschrei der sozial- und nationalsozialistischen Front, die Kommunistische Partei sei nur in der Lage zu fordern ohne positive Vorschläge machen zu können, woher das Geld genommen wird, zeigt die Kommunistische Partei auch auf, wie die Finanzierung der von ihr geforderten Maßnahmen erfolgen kann. In Dresden gibt es 39 Millionen und ungefähr 1,5 Tausend, die mehr als 100 000 Mark ihr Eigen nennen. Allein die Besteuerung dieser Vermögen würde in Dresden rund 54 Millionen Mark einbringen. Jeder Arbeiter, Angestellter, Beamter, alle die, denen der Lohn und das Gehalt gekürzt wurden, sie werden verstehen, wenn die Kommunistische Partei verlangt, daß hier zugegriffen wird. Sollen weiter hunderttausende Dresdner Einwohner ein kümmerliches Hungerdasein führen? Sollen sie weiter büßen für eine bankrotte Wirtschaftsförderung? Nein und abermals nein. Sie werden verstehen, wenn die Kommunistische Partei fordert, heran an die großen Vermögen, her mit Arbeit und Brot. Nimmt man die anderen Vorschläge hinzu, so kann sich jeder Verdienst selbst ausrechnen, welche ungeheure Leistungen durchgeführt werden könnten.

Das nachfolgend abgedruckte Programm wurde von der kommunistischen Stadtbewerkschaft gleichzeitig als Antrag im Dresdner Rathaus eingereicht.

1. Für Erwerbslose, Kurzarbeiter, Sozial- und Kleinstrentner und Kriegsbeschädigte sind sofort

- pro Monat an den Haushaltungsvorstand $\frac{1}{2}$ Zentner, für die Zuschlagsempfänger $\frac{1}{4}$ Zentner Kartoffeln zu liefern,
- Beihilfen für Strom- und Gasverbrauch zu bewilligen,
- unentgeltliches Mittagessen zu verabreichen; die Kontrolle über die Beschaffenheit des Mittagessens muß durch den Dresdner Erwerbslosenrat ausgeübt werden,
- Befreiung mit warmer Winterkleidung und unentgeltliche Reparatur von Schuhwerk für alle Unterstützungsempfänger und deren Familien,
- unentgeltliche Benützung der Straßenbahn und Autobusse für alle Erwerbslosen, Schwerbeschädigten und Blinden,
- Bewilligung einer Winterbeihilfe in folgender Höhe: Hauptunterstützungsempfänger 50 Mark, für jeden zuschlagsberechtigten Familienangehörigen 10 Mark,
- Winterbeihilfen für Verheiratete und Ledige mit eigenem Haushalt,
- unentgeltliche Benützung der städtischen Bäder.

2. Im Interesse der Gesundheit der Volks- und Berufsschüler muß folgendes durchgeführt werden:

- Unentgeltliche Durchführung der Schulpflichtung für alle Schüler und Schülerinnen, deren Eltern unterstützungsberechtigter oder Wohlfahrtsempfänger sind, oder deren Einkommen 50 Mark wöchentlich nicht übersteigt,
- Ausreichende Verpflegung mit Schuhwerk und Kleidung für alle Schüler und Schülerinnen, deren Eltern ein Einkommen bis zu 50 Mark wöchentlich haben,
- Keine Erhöhung der Klassenbesetzungszahl, keine Zusammenlegung von Klassen und Schulen,
- Weiterführung der Schulbrausebäder,

4. Zur Beschaffung von Arbeit ist sofort folgendes vorzunehmen:

- Die vom Arbeits- und Wohlfahrtsministerium verhängte Sperre für den Wohnungsausbau findet für die Stadt Dresden keine Anwendung,
- Einführung des 7-Stunden-Tages, der 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich in allen städtischen Betrieben, Belegung der dadurch freiwerdenden Stellen mit Erwerbslosen,
- Befreiung der Pflichtarbeit. Alle Arbeiten werden im freien Arbeitsverhältnis unter Zahlung des Lohns ausgeführt,

- Tägliche Schulreinigung,
- Weitergewährung von Erziehungsgeldbussen an begabte Schüler und Schülerinnen aller Schulstufen,
- Ausbau der bestehenden Schulkrankenkasse und Zurückziehung der Kündigung von Schulärzten,
- Freie Einbahn für die Schuljugend.

3. Zur Förderung der Volksgesundheit müssen

- die Pflegekosten für die Krankenhausbehandlung herabgesetzt werden,
- die Zusammenlegung der städtischen Krankenanstalten unterbleiben,
- Mittel für schwangere und stillende Mütter zur Verfügung gestellt werden,
- Ausbau und Schaffung von weiteren Kinderheimen.

Für rotes Arbeitsbeschaffungsprogramm!

- Weiterführung der geplanten Arbeit beim Straßenbau, Entwässerung usw.,
- Herabsetzung der Tarife bei den städtischen Verkehrsmitteln; Einführung von verbilligten Arbeiterwochenkarten,
- Nicht-Einführung des Winterfahrplans, Beibehaltung und Ausbau der Linienführung bei den städtischen Verkehrsmitteln im Sinne einer besseren und billigeren Verbindung der Außenviertel mit dem Stadtinnern. (Durch die Förderung unter 4 und 5 besteht die Möglichkeit, das Straßenbahn- und Werkstättenpersonal wesentlich zu verstärken und Erwerbslose einzustellen),

Hier kann das Geld geholt werden!

Zur Aufbringung der Mittel für obige Forderungen sind sofort folgende Beschlüsse zu fassen und durchzuführen:

- Sämtliche Vollzeitausgaben im Haushaltsplan sind zu streichen,
- Alle Gehälter und Ruhegehälter sind auf die Höchstgrenze von 500 Mark monatlich herabzusetzen,
- Alle Ausgaben für Feste und Empfänge, sowie Jubiläumsgeldern sind zu streichen,
- Die Zuschüsse an die Staatstheater sind einzustellen,
- Einführung einer Wohnungssteuer für alle Wohnungen, deren Mietmiete 1000 Mark und mehr beträgt,
- Einführung von Sondersteuern nach folgenden Richtlinien:
 - für Einkommen über 8000 Mk in Höhe von 5 Prozent,
 - für Einkommen über 25 000 Mk in Höhe von 10 Prozent,
 - für Einkommen über 100 000 Mk in Höhe von 20 Prozent.

- für Aufsichtsratsmitglieder und ähnliche Vergütungen in Höhe von 20 Prozent,
- für Dividenden und sonstige Gewinnausschüttungen ebenfalls in Höhe von 20 Prozent,
- für alle Millionäre in Höhe von 20 Prozent.

7. Alle Zinszahlungen für früher aufgenommene Anleihen sind einzustellen.

Das ist das rote Selbsthilfe-Programm der Kommunistischen Partei für Dresden. Die Kommunistische Partei hat keine Illusionen, sie weiß, daß die Küll, Führer niemals daran denken werden, selbst dann, wenn ein Mehrheitsbeschluss im Parlament zustande käme, diese Forderungen durchzuführen. Die Durchführung derselben kann nur das Werk der Werktätigen selbst sein. Sie müssen sich hinter dieses Programm stellen und unter Führung der KPD den Kampf aufnehmen für Arbeit, Freiheit und Brot!

Naziüberfall auf Arbeiter

Werttätige, eure Antwort: Stärkung der antifaschistischen Kampffront!

Die Nazis entfalten, wie das aus einer Reihe von Berichten hervorgeht, erneut eine starke Aktivität. Selbstverständlich richtet sich diese nur gegen die Arbeiter. Nachdem sie mit ihren Gelddieben, den Jugenbergs-Selbst und anderen Industriekapitänen, den Hohensteinern und Generälen in Horzburg gemeinsam verkommen gesehen haben, bemühen sie sich, den Willen dieser Fronttruppe zu erfüllen. Ueberfälle auf Arbeiter sind an der Tagesordnung. Gestern brachten wir eine Mitteilung aus Meißen, heute wird uns aus Dresden-Neustadt berichtet.

Ueberfall auf U33-Vertreter in der Ritterstraße

Bei der am 10. Oktober stattgefundenen Verbehaftung der U33 kamen auf ihrer Werbetour zwei Genossen auch in das Haus Ritterstraße 4. Als sie dort bei einem gewissen Fischer die Multierte zum Verkauf anboten, fragte derselbe nach dem Gewerkschaften. Die Antwort der Genossen hat Fischer nicht erst abgewartet, sondern ist mit dem Ruf: „Jetzt hole ich Polizei!“ die Treppe hinunter gestürzt. Als die Genossen das Haus verlassen wollten, merkten sie, daß Fischer daselbst verhaftet worden hatte. Fischer hatte nun aber nicht die Polizei geholt, sondern die SA aus dem danebenliegenden Saalheim zusammengetrieben, um die noch im Hause sich aufhaltenden Genossen zu überfallen. Ein Genosse hatte sich freigemacht. Ihm stürzte die Gesellschaft mit dem Ruf: „Aufhalten! Aufhalten!“, nach. Vor einer Anzahl Arbeiter, die auf dem Plage erschienen, türmten die Nazis am Sonntag früh kam es in der Haupt- oder Ritterstraße gleichfalls wieder zu einem Ueberfall. Dort verhafteten zwei Jungarbeiter mit der Fahnen Spitze zu schlagen. Ein Schwamm nahm dann Verhaftungen vor. Wie es scheint, jenseits der auch einige Arbeiter aus der Markthalle, die sich auf Seiten der Nazis betätigten, mit den Nazis.

So weit der Bericht, der uns von anderer Seite noch bekräftigt wird. Er läßt erkennen, daß die Nazis ihre Ueberfallstätigkeit auf Arbeiter auch in Dresden wieder steigern. Die Arbeiter denken nicht daran, sich von den Nazis wehrlos niederknurren zu lassen. Sie werden sich zusammenschließen in der roten Klassenfront und kämpfen gegen die Anrechte des Kapitals, gegen den faschistischen Terror, Werttätige, schließt euch zusammen, kämpft mit der KPD!

Nazi-„Selbsthilfe“ in Villenvierteln

Am Donnerstag, dem 8. Oktober, war große Werbetätigkeit der Nazis in den Villenvierteln der Kapitalisten. In der Emilia über zogen Uniformierte und warben. Nicht etwa aber für die Stärkung der Partei, sondern für das „leibliche Wohl“ ihrer Mitglieder. In einigen Villen ließen sie die Herrschaften an, ihnen

noch Beiratspakete zurecht zu machen, die sie sich im Laufe des Tages abholen würden. Sie sind also zufrieden mit den Alimolen, die von den Tischen ihrer Herren fallen.

Glauben die Nazisproleten wirklich, durch solche Bettelaktionen ihre wirtschaftliche Lage bessern zu können? Wollen sie die Sklaven dieser Herrschaften sein? Nicht mit Bettelaktionen, nicht durch die Almosen derer, die den Arbeitern den verdienten Lohn vorenthalten und sich ein Vermögen auf Kosten der Arbeiter sichern, können sie ihre Lage verbessern, sondern nur durch Kampf, unerbittlichen Klassenkampf gegen diese Gesellschaft wird ihre Existenz gesichert sein. Das rote Selbsthilfeprogramm der KPD zeigt den Weg, der gegangen werden muß.

Sie wollen den Streik nicht verraten haben

Vor dem Friedensrichter zitiert wurde ein Straßenbahner, der den christlichen und sozialdemokratischen Betriebsratsvorsitzenden gegenüber behauptet hatte, daß sie gemeinsam im Polizeipräsidium beraten hätten, wie der Streik am besten abgewürgt werden könnte. Sie betreiten nicht, daß sie im Präsidium gewesen sind, wollen aber nicht über die Abwürgung des Streiks gesprochen haben. (?) Wem können diese Herrschaften das wohl erzählen? Glauben sie, den Arbeitern weismachen zu können, daß sie etwa dorthin gegangen sind, um ein Flauberhündchen mit den Polizeioffizieren abzuhaken? Wie reimt sich die gleichzeitige Belegung der Bahnhöfe mit Dutzenden von Kriminalpolizisten mit dieser ihrer Behauptung zusammen? Darauf wird kein Arbeiter hereinfallen. Der Genosse tat denn auch, was von ihm als richtig empfunden wurde, er lehnte eine Beweisaufnahme vor dem Friedensrichter ab. Interessant ist aber, daß die Herren Vorsitzenden vor der Wohnung des Friedensrichters im Direktionsauto verkehrten. Es paßt zu ihrer gelben Rolle, die sie

Will Stalin zum Kapitalismus?

Mit diesem Thema hatte der Kampfbund gegen den Faschismus in Neustadt West eine öffentliche Verammlung nach Wahles Ballfäden einberufen. Diese war sehr gut besucht. Genosse Friedel sprach über seine Ergebnisse in der SA. Gestützt auf reichhaltiges Material widerlegte er den Schwindel der bürgerlichen und sozialfaschistischen Presse. Anschließend sprach Genosse Gabel über den Unterschied zwischen der Politik im kapitalistischen Deutschland und Sowjetrußland aufzeigte. Die Redner erzielten lebhaften Beifall. Parteiloze Arbeiter forderten in der Diskussion auf, die Arbeiterstimme, die einzige Zeitung der Arbeiter zu lesen. Eine Resolution, in der der Wille der Versammelten zum Kampf für ein freies sozialistisches Deutschland zum Ausdruck kam, wurde angenommen. 17 Arbeiter erklärten ihren Beitritt zum Kampfbund gegen den Faschismus.

gemeinsam durchzuführen. Die Arbeiter müssen Schutz machen mit dieser Gesellschaft. Sie können sich ihr Recht nur erkämpfen unter Führung der KPD und der NSD!

Wichtige Referentenbesprechung

am Mittwoch, dem 14. Oktober, 16 Uhr, im kleinen Saal der SA. Thema: Die Spaltung der SPD.

Sammellisten für die Rußland-Delegation

sind sofort an die NS-Leitung, Columbusstraße 9, abzurechnen.

Der Reifen plakte

Auf der Rodenbacher Straße verunglückte in der Montage nacht ein Motorradfahrer dadurch, daß der hintere Reifen seines Rades plakte. Das Rad kam somit ins Schleudern, so daß der Motorradfahrer die Gewalt über seine Maschine verlor und zum Sturz kam. Ein Oberflächelbruch und verschiedene andere Verletzungen waren die Sturzfolgen.

Die Kurve falsch genommen

Ein Schüler einer höheren Lehranstalt verunfallte am Dienstag früh beim Einbiegen in die Wiener Straße, weil er die Kurve zu groß genommen hatte. Er fuhr, da er zu spät bemerkte, an den Bordstein. Der Anprall war so stark, daß der Fahrer in weitem Bogen über sein Rad gemorfen wurde. Durch den Fall erlitt der Fahrer eine Gehirnerschütterung und Verletzungen im Gesicht und am Unterleib.

Achtung, Elternräte und Lehrer!

Freitag den 16. Oktober findet im Stadtwaldschloßchen, Dresden, am Postplatz, 19.30 Uhr eine

Konferenz der Lehrer und Elternräte Groß-Dresdens

statt. Proletarische Lehrer und Eltern, erscheint in dieser wichtigen Sitzung, es geht um eure Kinder und die Erhaltung der Schulen.

Proletarische Schulkampfgemeinschaften.

Dresdener

Arbeiterantwort auf Kommunistenhetze

Die Straßenzelle 3 des Stadtteiles 1, Dresden, setzte am Sonntag ihre Werbung fort. Das Resultat war:

- 12 Volksecho-Abonnenten
- 1 Arbeiterstimme-Abonnent
- 7 AIZ-Abonnenten
- 4 Parteaufnahmen
- 3,70 Mark auf Sammeliste für Parteitag in Leipzig
- 30 Arbeiterstimmen verkauft
- 20 Volksecho verkauft
- 38 AIZ verkauft
- 50 „Magazin für Alle“
- Für 11,50 Mark Broschüren verkauft.

Die Steigerung der Werbung ist das Gebot der Stunde. Gebt den Volksfeinden von Hitler bis Wels die Antwort. Stärkt die rote Klassenfront, stärkt die Führerin des revolutionären Proletariats! Werbt für die Arbeiterstimme und das Volksecho!

Auch in Königstein kneifen SPD-Führer

(Arbeiterkorrespondenz 1791)

Königstein. Unsere Versammlung, die von nicht weniger als 250 Arbeitern und Mittelständlern besucht war und in der das Referat des Genossen Budenthal mit Begeisterung von den Anwesenden aufgenommen wurde, hat es den Volksfeinden angetan. Die SPD, der wir vor der Versammlung eine Einladung hatten zugehen lassen und ihr 1 1/2 Stunde Redezeit zubilligt war, hatte vorgezogen, zu kneifen, dafür aber versucht sie, die Versammlung als eine Meise hinzustellen. Wir sind sehr zujubelt mit dieser „Meise“. Die NSDAP hatte es ebenfalls vorgezogen, ihre Führung zu Hause zu lassen. Dafür verleumdete sie den Genossen Henkel. Selbstverständlich hatte das ihre Mitglieder nicht abhalten können, in unsere Versammlung zu gehen. Eine Reihe Eintritte in die Partei zeigen, daß die Kommunistische Partei auch in Königstein marschiert!

Die KPD im Angriff

(Arbeiterkorrespondenz 1789)

Plena. Die Einheitsfront von der SPD bis zu den Nazis zeigt sich besonders drastisch in den Rathäusern der einzelnen Gemeinden und Städte. Die letzte Stadtverordnetenversammlung in Pirna brachte dafür mehrere Beispiele. Gleichzeitig wird aber auch der Bankrott des Parlamentarismus offenbar. Nur die Fraktionen der Kommunisten befinden sich im Angriff gegen Hunger und Faschismus.

Bei Eintritt in die Tagesordnung der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde eine Mitteilung des Innenministeriums zur Kenntnis gebracht, wonach die Stadt aus Versehen im letzten Rechnungsjahr 253 500 Mark zuviel an Zuweisungen vom Reich erhalten habe. Genosse Schmitz stellt folgende Anträge:

1. Das Krankentransportgeld dem Heidenauer Tarif anzupassen (das bedeutet eine Ersparnis von 20 Pf. pro Kilometer);
 2. Die Stadt errichtet einen kommunalen Friedhof.
- In seiner Begründung zeigt Genosse Schmitz die jetzt bestehenden unhaltbaren Zustände auf. Zur Wenderung der Marktordnung wird auf Antrag der KPD beschlossen, zum Wochenmarkt sind alle Gegenstände zugelassen. Weiter steht die sächsische Rotverordnung zur Beratung. Genosse Ehrlich benützt die Gelegenheit zu einer scharfen Abrechnung mit der Brüning- und Schied-Politik und mit ihren Stützen, den National- und Sozialfaschisten. Er kennzeichnet deren verlogenes, demagogisches Geschrei gegen die Auswirkungen der Rotverordnung. Nicht leere, papierne Proteste, sondern Kampf innerhalb und außerhalb des Parlaments muß die Lösung sein. Im nächsten Punkt beschließt die Einheitsfront von den Sozialfaschisten bis zu den Nazis die Gewährung einer besonderen Aufwandsentschädigung an die Polizei in Höhe von 6 Mark ab 1. April und 12 Mark ab 1. Oktober. Die Kommunisten verlangen ausreichende Gehälter und nicht Vorkaufzulagen, die jeden Monat wieder entzogen werden können. Auch diese Sitzung war Anschauungsunterricht für die Proleten.

Gegen Kindernot und Kinderelend!

Kampfprogramm der roten Jungpioniere Sachsens

Unter der Losung „Das Jahrhundert des Kindes“ führt die Bourgeoisie ihr Erziehungsprogramm durch. Aber die letzten Ereignisse zeigen, daß der Kapitalismus nicht nur auf dem Gebiete der Wirtschaft in einer tiefen Krise steckt, sondern daß heute bereits sein Erziehungsprogramm, die kapitalistische Schule, zusammenbricht. Im Kampf zur Unterdrückung der Arbeiterklasse macht die herrschende Klasse nicht mehr halt vor dem Arbeiterkind. Lohnraub und Unterdrückungsabbau, Abbau aller sozialen Ausgaben, Erhöhung aller Steuern, die die wertvollsten Schichten treffen, genügen der Bourgeoisie nicht mehr. In dem allgemeinen Kampfprogramm sind folgende Maßnahmen vorgegeben:

- Schulspaltung wird ganz gestrichen.
- Lehr- und Lernmittelfreiheit wird aufgehoben.
- Die Schülerzahl in den Klassen wird bis auf 50 und 60 heraufgehoben, um Lehrer einzusparen und diese zu entlasten.
- Ferner ist vorgegeben, Schulen ganz zu schließen.

Obendrein wirken sich selbstverständlich die allgemeinen Abbaumaßnahmen der Kapitalisten auf das Leben der Arbeiterkinder aus. Diese Tatsachen der ungeheuerlichen Abbaumaßnahmen sehen Kind und Schule einer ungeheuren Verelendung aus.

Das zeigt klar, daß die kapitalistische Ordnung nicht mehr in der Lage ist, ihre Sklaven und deren Kinder zu ernähren und zu erziehen. In diesem Zustand tragen die bürgerlichen Parteien von den Nazis bis zur Führung der SPD die volle Verantwortung und Schuld. Sie sind es, die die Regierung Brüning und die sächsische Regierung Schied stützen und damit den Hungerterrors ermöglichen. Ohne die Zustimmung der SPD-Führer wäre es der Regierung Brüning nicht möglich, Panzerkreuzer zu bauen, statt den Kindern Schulspaltung zu geben. Millionen für die Kirche, statt Lehrmittel zu bewilligen.

Wie lagern den sozialdemokratischen Arbeitern, den SAZ-Genossen und den Kinderfreunden: Damit ist die SPD eine Partei der Kinderfeinde geworden.

Aber auf der anderen Seite, in der Sowjetunion, dort, wo die Arbeiter regieren, gibt der Staat keinen Pfennig für die Kirchen aus. Dafür aber werden Tausende von Arbeiterwohnungen, Kindergärten und Kulturparks geschaffen. Die Kirchen werden zu Klubs für Arbeiter und deren Kinder ausgebaut. Das zeigt, daß dort, wo die Arbeiterklasse regiert, ihre Kinder leben. Dem Hungerprogramm der Kapitalisten und ihrer Lakaien lehnen wir die

Kampforderungen der Arbeiterkinder entgegen:

Verbot jeglicher Kinderarbeit; Anrechnung aller Kinder auf die Fürsorgekasse; unentgeltliche Schulspaltung für alle Arbeiterkinder; unentgeltliche Verpflegung mit Büchern u. Schreibsachen für die Kinder; Aufrechterhaltung und Ausbau aller Kinderheime und Erholungsstätten; regelmäßige ärztliche Überwachung der Schüler; Aufrechterhaltung und Ausbau des wahlfreien Unterrichts; gegen jede Heberbelegung der Klassen und die Herabsetzung der Wochenstundenzahl; gegen die Schließung

Gipfel der Schamlosigkeit

Bogromheke der Freitaler Volkszeitung

Die Freitaler Volkszeitung vom 12. 10. bringt unter der Überschrift: „Gesindel. Deckt die Arbeiterstimme den Straßenterror kommunistischer Banden?“ einen zweifelpaltigen Artikel, in dem in der verlogenen Weise eine Bogromheke gegen kommunistische Arbeiter in Freital entfaltet wird. Dabei behauptet sie, unsere Genossen hätten die Arbeiter in den Betrieben mit dem Hinweis darauf, daß es „heute Drehsche gibt“, aufgefordert, in die Pöhl-Versammlung zu kommen.

Wir erklären dies für elenden Schwindel!

Die Kommunisten denken nicht daran, Schlägereien mit ihren Klaffgenossen herbeizuführen. Wir stellen nochmals fest: Die SPD hatte das Reichsbanner aus der gesamten Umgegend zusammengesogen. Weshalb wohl die Zusammensetzung ihrer gesamten Kräfte? Erfolgte sie etwa zum Zwecke freundschaft-

sammlungsbesucher. Wir haben der Freitaler Volkszeitung, die die Partei der KPD in Freital bereits gemacht hat, absolut nichts hinzuzufügen. Wir wissen uns einig mit der Freitaler Arbeiterstimme, die in der letzten kommunistischen Freitaler Arbeiterstimme der SPD- und Reichsbannerführung eine deutliche Antwort gegeben hat. Wir sind überzeugt, daß außer den in dieser Nummer zur Einigung revolutionären Arbeiterpartei, zur Kommunistischen

Die Reichsbannerführer sind die Schuldigen

Nachdem die Freitaler Volkszeitung am 7. 10. gegen die Genossen Siegel und Künzelmann heulte, schreibt sie am 9. 10. in einer Notiz: „Heute gibt es Drehsche“, der Genosse Willi Künzelmann, der Arbeiter aufgeföhrt haben, in die Pöhlerversammlung zu kommen, da habe es Drehsche.

Wir erklären in aller Öffentlichkeit, daß die Schwindelheke der Freitaler Volkszeitung weiter nichts als eine gemeine, verächtliche Bogromheke gegen führende Genossen ist. Wir lehnen es ab, in gegnerische Versammlungen zu gehen, um uns mit unseren Klaffgenossen herumzuschlagen. Wir gehen in Versammlungen, um in aller Kameradschaftlichkeit mit dem sozialdemokratischen Arbeitern zu diskutieren, das beweist auch unsere Massenkundgebung am 9. 10. Die Genossen Haupt und Künzelmann haben aufgefordert, in die Pöhlerversammlung zu gehen, haben aber nicht aufgefordert, eine Schlägerei zu inszenieren. Die Freitaler Volkszeitung ist weiter nichts als ein gemeiner Schwindel. Aber bei den Sozialdemokraten heißt es: „Schwindel ist darauf los, etwas bleibt schon hängen“!

Die Schuld, das stellen wir nochmals fest, tragen die Reichsbannerführer und Stadtverordneten der SPD: Künzelmann, Alfred Paul und Paul Schlicht. Wir werden in den nächsten Tagen noch Näheres veröffentlichen.

Arbeiter, Arbeiterinnen! Verfaßt die Partei Kampfpunkte! Werft die Freitaler Volkszeitung aus euren Wohnungen und laßt die Arbeiterstimme, das Sächsische Volks-Echo! Hinzu in die Kommunistische Partei!

„Rot Front“-Au'e — rober Unfug...

Ein Straßbefehl wegen groben Unfugs wurde seit zwei Wochen übermüht, die auf der Landhausstraße Hitlerbänke mit „Rot Front“ und „Heil Moskau“ auf ihren proklamatorischen „Heil- Hitler“-Auf geantwortet haben. John Marx Straß sollen sie jeder aufräumen. Dieser Straßbefehl zeigt, daß kein jeder Nazi Massenbewußte Arbeiter denunzieren kann. Es muß im umgekehrten Falle sich ein Gericht finden würde, solche Straßbefehle auszustellen? Die Arbeiter sollten daran erkennen, daß es notwendig ist, die rote Klassenfront zu stärken im Kampf gegen den Faschismus!

Öffentliche Einwohnerversammlung in Freital-Bauderode

Der Arbeitersperantist Genosse Kurt Künzel, Weichig spricht über: „Meine Reise durch die Sowjetunion“ heute Mittwoch den 14. 10. 1930 Uhr im Gasthof Valschhof. Freitaler Arbeiter, besucht reißlos diesen Abend. — Am Donnerstag den 15. 10. 1930 Uhr spricht der Genosse Künzel über dasselbe Thema in Weichig bei Freital im Gasthof Meier.

Hausdurchungen in Freital

Am Sonnabend dem 10. 10. fanden bei einer Anzahl von Genossen in Freital Hausdurchungen statt. Geführt wurden Verlesungsdurchsuchungen der Reichswehr, „Otto“, die Scheringer Broschüre usw. Freilich 8 Uhr erschien die Polizei unter Führung des sozialdemokratischen Polizeikommissars T. Die Stärke von 5 Polizeibeamten. Bei einigen Genossen wurde sogar das Haus umstellt. Gefunden wurde außer zwei alten Leinwandstoffen nichts. Wie wir erfahren ist die Polizeitruppe auf Verlangen eines gefährlichen Spießhirschen erfolgt. Dieser Spießhirschen aus der Partei entfernt wurde, nahm damals noch teil an einer US-Parteihschule im Kinderheim der KPD Freital.

Die KPD Freital marschiert trotz Spöhl und Denunziatorien, das beweist die Massenkundgebung am Freitag!

Jugendweihe 1932

Wieder strömen Tausende junger Proletarier ins „Arbeitsleben“. Suchen Arbeit, Lehrstellen. Wollen sich einreihen in die Arbeitsfront. Sie suchen — die Bibel sagt: „Suchet, so werdet ihr finden!“ — nun, sie werden nichts finden. Sie treten nicht ein in die Arbeitsfront, sondern in die Front der Not. Ihre Lehrstelle: Die Stempelstelle.

Bei dieser Not und der damit verbundenen Gefahr des Wahnsinnigen revolutionärer Kräfte verläßt sich die Arbeit der Reaktion, die jungen Proleten für Kirche, für Kapital und Nationalismus einzufangen.

Verstärkt sich das Bemühen der konterrevolutionären Bourgeoisie, die jungen Arbeiter auf den Weg des Staats- und kapitalerhaltenden Sozialfaschismus zu bringen und der roten Front abdrängen.

Um so nötiger, jeden Tag, jede Stunde, jede Gelegenheit benützen, den Proletarierkindern zu sagen, wohin sie gehören, was ihr Ziel ist, wo ihre Freunde, ihre Lehrer, ihre Helfer sind.

Die Schule? Wenn sie schon wollte, sie darf nicht. Die Lehrer. Sie sind Klassenmäßig gebunden, Klassenmäßig erzogen, besungen in liberalistischer, in faschistischer Weltanschauung.

Arbeitereltern! Wie treten eure Kinder ins Leben? Gewiß, sie wissen um Not, um Arbeitslosigkeit. Aber das, was sie unklar wissen, dumpf fühlen, lässlich erleben, das alles muß erst klar ins Bewußtsein erhoben werden, dann — werden sie sich einreihen in die rote Klassenfront!

Die Kommunistische Partei ruft, der Verband proletarischer Freidenker ruft:

Schick eure Kinder, die Offern 1932 die Schule verlassen, zum Vorbereitungsunterricht!

Um die organisatorischen Vorbereitungen, die nötig sind, rechtzeitig fertig zu haben, müßt ihr die Anmeldung sofort des-

wirken. Wo meldet ihr an? Im Sekretariat der KPD, Columbusstraße 9, und im Sekretariat des BPP, Güterbahnhofstraße. Alle Kinder klassenbewußter Arbeiter kommen zur Jugendfeier der KPD und des BPP! Jellen, rote Sportler, rote Sänger, KPD! Prüft, ob eure Mitglieder ihre Pflicht getan haben! Werbt, denn die Jugendfeier 1932 muß ein Sieg der roten Klassenfront sein!

Was sich „Arbeiterfunktag 1931“ nennt

(Angeklärtenkorrespondenz)

Ein typisches Symbol für den Verfall der Sozialdemokratie war die Meise, die diese „Feierstunde“ des „Arbeiterfunktages“ erlebte. Trotz großer Propaganda mit Plakaten an Fenstern, jeder Aufschlagzettel, trotz Mitwirkung prominenter Künstler wie Otto Bernstein und Prof. Traczek mit seinem ausgezeichneten Kammerorchester, trotz Appell an die „metaphysische Nächstenliebe“ (der Heberichau sollte zur Anschaffung von Radioapparaten für Blinde dienen), hatten sich im großen Volkswohlstand einschließlich der Bergarbeiter, der Arbeiter der mitwirkenden Blinden und persönlichen Freunde des Meiers etwa 65 (hundertfünfzig) Personen eingefunden. Dies war eine deutliche Abgabe an die „Kulturpolitik“, wie sie von den unter sozialdemokratischer Führung stehenden Arbeiterorganisationen betrieben wird. Die Arbeiter erkennen mehr und mehr, daß Radio nicht eine bloße Unterhaltungsmittelangelegenheit ist, sondern eines der gefährlichsten Massenbeeinflussungsmittel ist, dessen sich die Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse bedient. Sie erkennen, daß man gegen diese reaktionäre Propaganda kämpfen muß und daß dieser Kampf von dem sozialdemokratischen Arbeiter-Radiobund nicht geführt wird. Deshalb setzen die revolutionären Elemente der Arbeiter-Radiobund den Reformisten mehr und mehr die Gefolgschaft und kämpfen im freien Radiobund gegen die durch Radio propagierte reaktionäre Kultur für eine wirkliche Arbeiterkultur in einem sozialistischen Deutschland.

42% Lohnabbau bei den Papierarbeitern!

Der Lohnkampf in der sächsischen Papierindustrie / Manöver und unglaubliche Frechheiten der Bonzen / Gegen jeden, und sei es der kleinste Lohnraub Streik unter Führung der RGO

Unter der Überschrift „Eine unglaubliche Provokation“ veröffentlicht die SPD-Presse ein Schreiben des Fabrikarbeiterverbandes, das zu den Lohnabbauplänen der sächsischen Papierindustriellen Stellung nimmt. Dort heißt es:

Bereits im Frühjahr dieses Jahres erhielt die sächsische Papierarbeitergewerkschaft durch die amtlichen Schlichtungsinstanzen den höchsten Lohnabbau innerhalb der deutschen Papiererzeugungsindustrie zubilligt. Daran haben die sächsischen Fabrikanten Geschmack gefunden und verlangen bereits wieder einen erneuten 12prozentigen Abbau der Löhne, angeblich, um die sächsischen Löhne an die Papierarbeiterlöhne in Thüringen und Schleien anzugleichen. Damit nicht genug, machen die sächsischen Papiererzeugungsindustriellen auch bereits mit offener Brutalität einen weiteren Lohnabbau geltend, der sich dann in gleicher Höhe bewegen soll, wie der erneut erhoffte nochmalige Lohnabbau in der deutschen Industrie.

Da die sächsischen Papierfabrikanten ihren sogenannten Vergleichslohnabbau mit der Konkurrenz der thüringischen Papierindustrie begründen, diese aber gleichfalls einen Lohnabbau von 30 Prozent fordert, so bedeutet das, daß die Forderung der sächsischen Papierfabrikanten auf einen Lohnabbau von insgesamt 42 Prozent hinausläuft!

Natürlich wird hier vollkommen vergessen, daß die Gewerkschaftsbürokratie die Papierarbeiter im Frühjahr aufforderte, diesen höchsten Lohnabbau anzunehmen. Aber weiter — dies Schreiben stellt fest,

daß die Papierarbeiterlöhne in Kanada und Amerika dreimal so hoch sind, als die in Deutschland.

Dabei vergißt man wiederum, zu fragen, warum das so ist. Dann werden die norwegischen Löhne den deutschen gegenübergestellt. Das sieht so aus:

	Norwegen Kop.	Deutschland Kop.
Papiermaschinenführer	165	90
Holländermüller	130	78
Kochermeister	149	90
Pappmaschinenführer	144	71
Hilfsarbeiter	119	71
Arbeiterinnen	79	49

Nach ein paar unweigerlichen Protesten nähert sich der Arbeit seinem Ende. Man hofft dort natürlich, das zu finden, was dem Arbeiter zeigt, wie er diesen Lohnabbau, der „eine unglaubliche Provokation“ ist, abwehren kann. Aber was steht da? Daß die Reize im Gesicht behält!

Die Provokation ist noch größer als die der Unternehmer. Dort steht geschrieben:

„Der weitere gewünschte Lohnabbau muß deshalb nicht nur zu einer Schwächung der sächsischen Papierarbeiterkraft, sondern auch zur Schmutzkonzurrenz auf dem Weltmarkt führen. Mit Recht kann deshalb von einem Lohnraub gesprochen werden, der die nachteiligsten wirtschaftlichen Folgen nicht nur für die sächsische Papierindustrie, sondern für die deutsche Wirtschaft und deren Außenhandelsbeziehungen haben muß. Wir wenden uns deshalb mit aller Entschiedenheit gegen diesen geplanten Lohnraub und erwarten, daß der Schlichtungsausschuß Dresden vom Arbeitgeberverband bereits angegriffen wurde, daß dieser seine Hand zu einer weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der sächsischen Papierarbeiterkraft nicht bietet.“

Eine laubere Erwartung! „Schmutzkonzurrenz“ — nachteiligste wirtschaftliche Folgen — Deutsche Wirtschaft — Außenhandelsbeziehungen, alles das Zeug, das dem Arbeiter innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft verflucht piepe sein kann, ist den Bonzen des Fabrikarbeiterverbandes wichtiger, als die Frage, daß die Papierarbeiter verredet können. Ein Lohnraub von 42 Prozent ist für dieses tolle Geschicht nichts weiter als eine „weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Papierarbeiter“. Da aber die deutsche Wirtschaft leiden könnte, ist es eine „unglaubliche Provokation“.

Und was wollen diese Bonzen gegen den geplanten Lohnraub unternehmen?

Sie „erwarten“, daß der Schlichtungsausschuß, der von den Unternehmern angerufen wurde, seine Hand zu diesem Lohnabbau nicht hergibt. Das ist alles. Mehr zu sagen haben die Vorkämpfer der kapitalistischen Wirtschaft auch nicht notwendig. Die Papierarbeiter müssen Verscheid, ein Enttäuschungssturm muß es einer solchen Portion Frechheit u. Gemeinheit durch die Betriebe gehen!

Was ist aber der Zweck der Aktion? Die Bonzen, die ja weiter nichts zu tun haben, als solche Pläne auszuheden, denken so:

42 Prozent wird die Arbeiter in Wut bringen. Deshalb geht ein Geschrei ankommen, und so tun — „als ob“. Dann den Schlichtungsausschuß „beschwören“, der wird hierauf einen Schiedsspruch fällen, der vielleicht 3, vielleicht 10 Prozent Lohnabbau bringen wird. Dann können wir den Papierarbeitern

legen, der Schlichtungsausschuß hat den Unternehmerforderungen nicht entsprochen. Den Schiedsspruch müssen wir ohne Kampf hinnehmen, denn er ist das „kleinere Übel“ und ein Sieg der Gewerkschaften.

Wo ist das schon so gemacht worden?

Bei den Gemeindearbeitern. Auch hier wurden 30 Prozent Lohnabbau angekündigt. Der Schiedsspruch brachte 4 Prozent. Die Gemeindearbeiter liehen sich überläßeln, und die Front der Abwehr war gefallen. Dasselbe Spiel soll jetzt mit den Papierarbeitern begonnen werden.

Die RGO sagt den Papierarbeitern: Die Gefahr nicht zu niedrig einschätzen! Die Unternehmer und die Schlichter sind zu

jedem Lohnabbau bereit. Aber auf keinen Fall auf die Manöver der Bonzen hereinfallen!

Es gibt nur eins, was helfen kann: Das ist der Streik gegen jeden Lohnabbau; sei er drei, sei er 40prozentig!

Einen laubiden Streik durch die schamlos verruchten Pläne der Bonzen und der Unternehmer gemacht! In jedem Betrieb den Arbeitern die Sachlage geschildert! In jedem Betrieb zu diesem Schanddokument des Fabrikarbeiterverbandes Stellung genommen! Her mit der kämpfenden Einheitsfront aller Papierarbeiter! Wählt sofort Kampfausschüsse! Es darf kein Bürger mehr geben! Die Papierproleten stehen schon jetzt am Rande der Verzweiflung! Jeder Pfennig Abbau muß mit der Aufnahme des Kampfes beantwortet werden!

Organisiert den Kampf gegen Lohnräuber!

Die Tarife der Metall-, Uhren-, Gemeinde-, Post-, Leder-, Transportarbeiter und der Eisenbahner sind gekündigt. — Hunderttausenden soll der Lohn bis zum 1. November geraubt werden! — Die Gewerkschaftsbürokratie steht auf der Seite der Lohnräuber!

RGO-Betriebsgruppen, Funktionäre, rote Betriebsräte, ihr seid Führer im Kampf!

Organisiert in jedem Betrieb Versammlungen der RGO! — Schafft in jedem Betrieb vorbereitende Kampfleitungen!

Schmiedet die Einheitsfront der Hunderttausend unter Führung der KPD und RGO!

Textilbetrieb streiffertig machen

Die 2. Kampffonferenz der Sachsenweber / Ein Schritt vorwärts / Zentraler Kampfausschuß gewählt

Am Sonntag tagte im Thaliahaus in Chemnitz die zweite Kampffonferenz der Sachsenweber. Gegenüber der ersten brachte diese Konferenz das Wachsen der Kampfkraft in den Betrieben zum Ausdruck. Während auf der ersten Konferenz 80 Delegierte vertreten waren, berieten diesmal über 100 die Abwehrmaßnahmen gegen die unverkämbten brutalen Pläne der Textilindustriellen. Auf der ersten Konferenz wurde die große Linie herausgearbeitet, auf dieser wurde bereits berichtet über einen Teil der Kämpfungen zum Streik.

Eine Vertreterin des Reichskomitees der RGO sprach zur Lage in der Textilindustrie im Reich und über die nächsten Aufgaben in den Betrieben der Delegierten kam zum Ausdruck, daß inzwischen an vielen Stellen ernsthafte Versuche zur Herstellung der proletarischen Einheitsfront in den Textilbetrieben gemacht worden sind. Der Erfolg war, daß in einigen Betrieben SPD-Arbeiter in die Kampfausschüsse eintraten und damit die Schlagkraft der Kampfausschüsse gemachlen ist.

Ein weiterer Erfolg und ein Schritt vorwärts war die Tatsache, daß diesmal die Jugend stark vertreten war. Ein Jungweber berichtete auf der Tagung von der am Sonnabend stattgefundenen Sachsenkonferenz der Jungweber und konnte melden, daß auch diese ein

guter Ausfall zur Einbeziehung der Jungarbeiter in die Kampffront war.

Außer den Erfolgen wurden selbstkritisch auch die Mängel und Schwächen der Arbeit festgestellt. Der Hauptmangel bleibt auch weiterhin die ungenügende Mobilisierung der Gesamtarbeiterkraft auf der Basis der Einheitsfront.

Die Konferenz beschloß nach einer Diskussionsrede des Sekretärs der sächsischen RGO, des Genossen Paul Jütel, und einem Schlußwort der Referentin einstimmig einen zentralen Kampfausschuß zu wählen. Dieser wird in Zukunft die Bewegung mit verstärkter Kraft organisieren, natürlich nur mit der stärksten Hilfe der gesamten kampfbereiten Textilarbeiterkraft. Die Konferenz beschloß weiter einen Aufruf, der den sozialdemokratischen Arbeitern das Bündnis anbietet. (Wir werden diesen Aufruf noch veröffentlichen.) Mit dem Beginn der Internationalen sind die arbeitsreiche Tagung, die als Hauptphase die Streiffertigmachung der Betriebe beschloß, am Spätnachmittag ihr Ende.

Die Polizei hatte sich wieder einmal geirrt. Sie hatte am Sonntag die Konferenz der Jungweber verboten, und glaubte, daß die Tagung der gesamten Betriebsdelegierten und Kampfausschüsse diese Jungweberkonferenz sei. Diese hatte jedoch bereits am Sonnabend stattgefunden, so daß die Polizei unvernünftiger Dinge wieder abziehen mußte.

Musterbetrieb Hönkisch & Co.

Die Firma Hönkisch & Co., Niederseßlich, ist eine derjenigen, die sich durch schamlose Ausbeutung der Proleten gesund macht. Trotz der herrschenden Konjunkturperiode beträgt die Belegschaft 150 Mann. Vorwiegend gehen die erledigten Aufträge hinaus. Obwohl Hönkisch lange vor Fertigstellung der Aufträge schon ansehnliche Vorkasse einsetzt, kann er den Proleten nicht einmal den lauerverdienten Lohn auszahlen. Seit ungefähr einem halben Jahre erhalten die Arbeiter wöchentlich 10 bis 15 Mark. In letzter Zeit sogar nur 2 bis 5 Mark die Woche Abschlag. Der übrige Lohn bleibt stehen, trotzdem das Geld für die Aufträge restlos eingeht, da es sich in den meisten Fällen um Staatsaufträge handelt. Auf Beschwerden hin, hatte Hönkisch die Frechheit, in einer Betriebsversammlung zu erklären, daß, wer mit dieser Lohnzahlung nicht einverstanden sei, seiner Wege gehen könne. Als nun ein Arbeiter tatsächlich sein Arbeitsverhältnis löste, weil es ihm unmöglich ist, bei einer Lohnzahlung bei 2 bis 5 Mark wöchentlich leben zu können, bekam er einige Tage nach seiner Erwerbslosmeldung ein Schreiben des Arbeitsamtes,

in dem ihm unter Berufung auf die Paragraphen 1721/31 des RVO eine Sperrfrist von 6 Wochen zubilligt wird.

Wörtlich heißt es in diesem Schreiben: Sie haben Ihre Arbeitsstelle durch ein Verhalten, das zur Entlassung berechtigt, verloren.

Der Unternehmer zahlt keinen Lohn. Um nicht zu verhungern löst der Arbeiter das Arbeitsverhältnis und erhält dafür vom Arbeitsamt eine Anweisung über eine sechsmonatige Sperrfrist.

Auch das Leben von Invalidenmarken scheint bei der Weltfirma Hönkisch nicht in Ordnung zu sein. Obwohl die Beiträge regelmäßig abgezogen werden, erhalten Arbeiter, die zur Entlassung kommen, ihre Invalidenmarken nicht und müssen wochenlang darauf warten. Scheinbar will man mit diesen Beiträgen den rückständigen Wassertarifen an die Gemeinde Niederseßlich bezahlen, da dieselbe dieser Weltfirma bereits das Wasser entzogen hat. Die Bewohner der zu Hönkisch gehörenden Kantine und eines Wohnhauses müssen ihr Wasser einem Hydranten entnehmen, in den man kurzerhand ein Loch gebohrt und einen Fahn angebracht hat.

Der sozialdemokratische Betriebsrat hat sich mit diesen Zuständen scheinbar abgefunden, denn es ist der Arbeiterkraft nichts bekannt, daß Schritte gegen diese rigorosen Maßnahmen unternommen worden wären. Es gibt sie einzeln in der Front der RGO um den menschenunwürdigen Zuständen bei der Weltfirma Hönkisch & Co ein Ende zu bereiten.

7 Prozent Lohnabbau in Oberschlesien

Am 8. Oktober wurde für den ober-schlesischen Bergbau ein Schiedsspruch gefällt, der ab 1. Oktober für die Arbeiter des Steinkohlenbergbaus einen Lohnabbau von 7 Prozent ent, und für die Arbeiter im Erzbergbau einen Lohnabbau von 4 Prozent bringt. Diese neuen Löhne sollen bis zum 30. November gelten, ab 1. Dezember will man also einen neuen Lohnabbau vornehmen. Formell haben die Gewerkschaftsvertreter den Schiedsspruch abgelehnt. Sie rechnen auf die Verbindlichkeitsklärung. Es ist zu erwarten, daß sich die ober-schlesischen Bergarbeiter gegen diesen neuen Lohnabbau wehren werden.

Wieder 300 aufs Pflaster

Die Vereinigten Stahlwerke kündigen die Stilllegung der Zechen Holland 1/4 und Pluto an. Entlassen werden insgesamt 300 Angestellte und Arbeiter.

In Gotteslegen (Schlesien) sind die Pflichtarbeiter wegen Lohnunterschieden in den Streik getreten.

Verantwortlich für Lokale: Otto Gabel, Dresden; für Westlit mit Ausnahme der Auslandsorte, Weimar, Chemnitz, Spott, Radebeul und Arbeitsschüler: Gerhard Gräb, Dresden; für Ausland: Karl Brückner, Berlin; für Revueiten und Reporter: Otto Wildt, Berlin; für Isereiter: Wilhelm Schaub, Dresden; für Druck und Verlag: Dresden, Verlagsgeellschaft m. b. H., Dresden.

300 Metalltarife gekündigt

Nach einer Auflistung, die das Berliner Tageblatt veröffentlicht, sind in der deutschen Metallindustrie bereits rund 300 Lohn- und 100 Manteltarife gekündigt worden. Da ein großer Teil der Tarife noch bis Dezember und Januar läuft, werden diese Tarife zum nächsten Termin gekündigt werden, wenn nicht in demnächst stattfindenden arbeitsgemeinschaftlichen Verhandlungen der vorzeitige Ablauf dieser Tarife vereinbart wird.

Darum müssen sich alle Metallarbeiter jetzt um die RGO und um die roten Verbände scharen und ihre Parolen besorgen. Wahl von vorbereitenden Kampfausschüssen in jedem Betrieb! Kampf gegen jeden Pfennig Lohnabbau!

Streikbeginn in der Hagen-Schweimer Metallindustrie

In der Hagen-Schweimer Metallindustrie haben die Unternehmer durch Anschlag in den Betrieben bekanntgemacht, daß sie ab 7. Oktober einen Lohnabbau von 15 Prozent vornehmen werden. Daraufhin sind am 7. Oktober die Belegschaften der Firmen Hagen, Milpe, Schmig, Wille in Würde in den Streik getreten. Ebenso streikt die Belegschaft des Stahlwerkes Mart in Wengen.

Im Betrieb Kressli & Mietmann, Geseleberg, stellt die Belegschaft der Direktion ein kurzbesetztes Ultimatum, sofort

den provokatorischen Lohnraubanschlag zurückzunehmen. Dem ist die Firma nachgegeben, sie hat erklärt, vorläufig die alten Löhne weiter zu zahlen. Der Streik steht unter der Führung der RGO mit dem Genossen Lettinghaus an der Spitze.

Naziarbeiter gegen Naziautsbesitzer

Für die Forderungen der RGO

In Collin war eine Kolonne Nazis in Stärke von 20 Mann als Kerlschleibler beschäftigt und arbeitete drei Wochen lang für 6 Pfennig pro Klepe. Nachdem Stargarder Erwerbslose durch Streik 9 Pfennig für die Klepe sich erkämpften, wollten auch die Nazis nicht länger für 6 Pfennig arbeiten. Ihre Forderungen wurden von dem sächsischen Autobesitzer abgelehnt und sie traten darauf in den Streik.

Erwerbslose!

Wählt überall Delegierte zum Landes-Erwerbslosenkongreß am 18. Okt. in Dresden Tagungsort wird bekanntgegeben!

Rund um den Erdball

Eltern protestieren im Gerichtssaal gegen die Kindermörder

„Voltsverdummung! Voltsbetrug!“

Erregte Szenen am 2. Verhandlungstag des Kindermordprozesses

Lübeck, 13. Oktober. Der zweite Tag im Lübecker Kindermordprozess, an dem es wiederholt zu erregten Stundgebungen der auf der Galerie placierten Eltern kam.

Altknecht gibt eine chronologische Schilderung der Situation bis zur Einführung des Calmette-Verfahrens. Er erklärt, er hätte die Literatur über BCG genau gefolgt, vor allem die Veröffentlichungen des Professors Bruno Lange vom Robert-Koch-Institut. Er hätte also keine Bedenken gehabt.

Vorsitzender: Waren Ihnen nicht die Auslassungen des Reichsgesundheitsamtes vom Jahre 1927 bekannt, die doch eine gewisse Warnung oder mindestens Mahnung zur besonderen Vorsicht darstellten?

Altknecht: Sie waren mir bekannt, aber sie lagen und Jahre zurück, und inzwischen hatte sich die Wissenschaft weiter entwickelt.

Altknecht spricht dann vom direkten Anlaß der Einführung des Verfahrens. Professor Rieckebusch, Vorsitzender der Landesgesundheitskommission der Hansestädte, hatte eine starke Keise gemacht. Er kam zurück, hatte Calmette kennen gelernt und empfahl das Verfahren. Außerdem waren im Jahre 1925 damit auch bereits in Preußen Versuche gemacht worden.

So riefen denn über 1927 war doch dann jenes Gutachten über den BCG herausgekommen?

Altknecht: Ich habe vorher schon gesagt, daß sich doch die Wissenschaft in diesen Jahren weiter entwickelt hatte. Wir wandten uns damals an Calmette, er möchte uns Proben senden. Das geschah. Wir bekamen die üblichen Probepackungen.

„Der Nordbazillus!“

Während keiner Ausführungen entnimmt Dr. Altnecht seiner Tasche eine kleine Packung. Winzige Gläser — Ampullen — mit

Beginn des Sklarek-Prozesses

Max Sklarek sterbenskrank

Berlin, 13. Oktober. Vor der dritten Großen Strafkammer beim Landgericht I, die auf Grund der Hofverordnung vom 6. Oktober in großen Prozessen zu entscheiden hat, um eine Verurteilungsverhandlung auszusprechen, begann am Dienstagvormittag der Mieseprozeß gegen die drei Brüder Sklarek. Bis auf Max Sklarek, den kein Verteidiger als sterbenskrank bezeichnet, sind alle Angeklagten erschienen.

Es wird weiter geköpft!

Todesurteil vom III. Strafsenat des Reichsgerichts bestätigt

Leipzig, 13. Oktober. Der Maurer Hermann Kühne aus Wefermünde wurde im Juli d. J. vom Schwurgericht Verden wegen Ermordung der sieben Jahre alten Angehörigen Popp aus Bremerhaven zum Tode und zum „dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte“ verurteilt. Der dritte Strafsenat des Reichsgerichts hat am Montag die Revision Kühnes gegen das Todesurteil verworfen. Das Todesurteil ist damit rechtskräftig geworden.

Kühne ist wegen Sittlichkeitsverbrechen, begangen an Kindern, wiederholt und zum Teil sehr schwer bestraft. Er hat auch schon einen Teil seines Lebens in Irrenanstalten zugebracht. Wir haben es hier also mit einem offensichtlich kranken Menschen zu tun, der für seine Untaten nicht verantwortlich gemacht werden kann. Trotzdem: Kopf ab! Verfügt von dem höchsten deutschen Gericht, das angeblich im „Namen des Volkes“ und „durchdrungen vom christlichen Geist“ — „Recht“ spricht.

Flugzeugzusammenstoß in der Luft

Vier Todesopfer

Paris, 13. Oktober. Ueber dem Marineflugplatz von Cuers stießen zwei Marineflugzeuge in Höhe von 300 Metern zusammen. Beide Flugzeuge gingen in Trümmer und zerfielen auf dem Boden. Vier Mann der Besatzungen waren sofort tot, ein Mann wurde schwer verletzt.

Dem Schicksal gelang es, mit dem Fallschirm abzuspringen, es trug nur leichtere Verletzungen davon. Der Geschwaderchef hatte angeblich ausdrücklich angeordnet, daß die Flugzeuge in verschiedenen Höhen fliegen sollten, um Zusammenstöße zu vermeiden. Das scheint in der Hitze der Bürgerkriegsaktion von den Piloten vergessen worden zu sein.

begann mit der Vernehmung des Angeklagten Dr. Altnecht, der sich scharfe Unterbrechungen seitens der Vertreter der Eltern gefallen lassen mußte.



Im Lübecker Gerichtssaal

einer milchig bläulichen Flüssigkeit stellt er auf den Gerichtstisch. Es sind die Kulturen des BCG-Präparats.

In diesem Augenblick ruft eine Stimme vernehmlich in den Saal: „Der Nordbazillus! Der Würder unserer Kinder!“

Eisenbahnattentat von Jüterbog und Bia Torbagy vor der Aufklärung

Matuska gesteht Eisenbahnattentate

Warum verschweigt Wiener Polizei die Namen der Hintermänner?

Wien, 13. Oktober. Der verhaftete Kaufmann und Fabrikbesitzer Sylvester Matuska hat jetzt nach einem vollkommenen Zusammenbruch dem Leiter der Wiener Polizei gestanden, die Attentate von Jüterbog und Bia Torbagy verübt zu haben. Matuska will aber hierbei nur das ausführende Organ gewesen sein. Ein Unbekannter soll ihm den Auftrag gegeben haben, Sprengstoffe zu besorgen. In seinem Geständnis hat Matuska eine Reihe von Hintermännern genannt, deren Namen die Polizei eigenartigweise sorgfältig geheim hält.

Die bei den Attentaten verwendeten Eisenrohre will Matuska am 6. August in dem bereits bekannten Geschäft in Berlin, Friedrichstraße, gekauft haben. Das Material will er dann seinem Auftraggeber übergeben haben. Ueber die Verwendung sei er nicht im Unklaren gelassen worden, nur habe er angenommen, es handele sich nicht um einen Personenzug, auf den der Anschlag verübt werden sollte.

Nach Bekanntwerden des Jüterboger Attentats hat Matuska weiteres Material an den Unbekannten geliefert. Zu diesem Zweck fuhr er mit einer Ladung Ersatz nach Budapest, wo er in Bardas Hotel seinen Auftraggeber traf. Matuska ist, wie er behauptet, am 13. September in dem Ungarnzug von Budapest abgefahren. Er habe sich aber im letzten Wagen befunden, der durch die Sprengung nicht getroffen wurde. Ursprünglich hatte er erzählt, sich im ersten Wagen aufgehängt zu haben, wo er nur durch einen Zufall nicht verletzt worden sei.

Die Berliner Kriminalpolizei steht mit der Wiener und Budapestener Behörde zur Zeit in ständiger telephonischer und telegraphischer Verbindung. Von den noch zu erwartenden Nachrichten wird es abhängen, ob Mitglieder der Untersuchungskommission für den Fall Jüterbog nach Wien entsandt werden.

Zu den Angaben Matuskas, daß er nicht den Schnellzug, sondern einen Güterzug in die Luft sprengen wollte, erfährt man von der Verwaltung der ungarischen Staatsbahnen, daß tatsächlich vor dem Schnellzug ein Güterzug die betreffende

Der Richter will allen Anschein nach die Rufe nicht hören. Als wenn nichts geschehen, wird die Verhandlung fortgesetzt.

Dr. Altnecht: „Mit wissenschaftlicher Sorgfalt haben wir die Fütterung des Präparats vorbereitet. Eine Kammerkammer wurde gebildet. Professor Vende wurde mit der Herstellung der notwendigen Kulturen betraut. Das Institut hing an, Propaganda durch Flugblätter zu machen. An Herge und Gebammen wurde das Mittel zur Verfüterung ausgegeben.“

Vorsitzender: War die Summe von einer Mark, die Sie bekommen für die Verfüterung von drei Portionen bekommen, ein Entgelt für eine Mehrbeladung der Gebammen?

Altknecht: Ja. Die Gebammen haben dann schon vor der Geburt des Kindes Propaganda für die Fütterung gemacht.

Hier wird der Angeklagte wiederum durch laute Zwischenrufe unterbrochen. Leidenschaftlich erregt stehen ein paar Väter non getöteten und geschädigten Kindern auf: „Wenn man uns etwas von Impfung gelagte hätte, hätten wir unsere Kinder nie dazu hergegeben. Aber es wurde ja nur von Fütterungen gesprochen. Da haben wir an Stärkung unserer Kinder gedacht!“ Dann wiederholte Matuska: „Voltsverdummung und Voltsbetrug!“

Wie man die Eltern irreführte

Einen besonderen Raum in der Vernehmung Dr. Altnechts nehmen die Aussagen des Präsidenten des Reichsgesundheitsamtes, Dr. Hamel, ein, der seinerzeit erklärt haben soll, daß der Weg für die Einführung des Calmette-Verfahrens nunmehr frei sei. Präsident Dr. Hamel behauptet diese Aussage. Demgegenüber behauptet Dr. Altnecht, Dr. Hamel selbst habe damals erklärt, daß Dr. Hamel diese Aussage gemacht habe. Er, Dr. Altnecht, sei deswegen auch nicht bei der Einführung des Calmette-Verfahrens an das Reichsgesundheitsamt gegangen.

Es wird dann der sogenannte gelbe Zettel erörtert, den den Eltern bei der Geburt eines Kindes ausgehändigt wurde. Zu der Frage des Berteldigers, weshalb man bei der Verfüterung des Mittels das Wort „Impfung“ vermeiden sollte, erklärt Dr. Altnecht, daß dieses Wort für viele Eltern eine Gefährdung des Kindes bedeute. Deshalb sei das Wort „Fütterung“ angewandt worden. Bei dem Hinweis des Rechtsanwalts Dr. Wittern, daß man auch das Wort „Fütterung“ in diesem gelben Zettel nicht finde, ermahnen die Anwälte der als Nebenkläger zugelassenen Eltern wieder spontane Rufe: „Sehr richtig!“

Strecke bei Bia Torbagy zu befahren hatte. Dieser Zug war aber kurz vorher außer Verkehr gesetzt worden, was der Unbekannte nicht wissen konnte. Trotzdem neigt man auf



Sylvester Matuska

Grund der bisherigen Untersuchungen mehr zu dem Glauben, es mit einem Frankfurter veranlagten Menschen zu tun zu haben, der seine Lust an Massenunglücken hat, was mehr dazu spricht, daß er es doch auf den Schnellzug abgesehen hatte.

Gefährlicher Schmuggelsprit

Fünf Personen nach Genuß von Holzsprit gestorben

Stockholm, 13. Oktober. Infolge des Genußes von eingeschmuggeltem Holzsprit sind hier fünf Personen unter fürchterlichen Schmerzen gestorben und zwei weitere erkranken.

Da sich noch nicht feststellen ließ, wieviel Schmuggelsprit in den Handel gekommen ist, werden weitere Vergiftungen befürchtet. Ein Helzer eines im Stockholmer Frelshafen liegenden schwedischen Schiffes, der in Frankreich 40 Liter Spiritus gekauft hat, angeblich ohne zu wissen, daß es sich um Holzsprit handelte, ist verhaftet worden. Seine Frau gehört ebenfalls zu den Todesopfern.

Paratyphus bei Bamberg

Bamberg, 13. Oktober. In Hallstadt bei Bamberg ist eine Paratyphusepidemie ausgebrochen, der bereits drei Menschenleben zum Opfer gefallen sind.

Der Erkrankte befindet sich zur Zeit im Bamberger Krankenhaus. Von den Behörden wurden die Schulen bis auf weiteres geschlossen. Es wird vermutet, daß der durch Hallstadt fließende Mühlbach mit Krankheitsträgern verunreinigt ist.

Ein Jahr Gefängnis für fahrlässige Tötung

Das Schöffengericht Spandau verurteilte den Wächter der Spandauer Wache und Schließgesellschaft Paul Greb, der den 17-jährigen Sohn des Akerbürgers Tempelhagen in Kauen erschossen hatte, wegen fahrlässiger Tötung zu einem Jahr Gefängnis.

Mit freiem und kühnem

„Mein ist die Rache...“

Von Nazifarrern, der Nächstenliebe und einem „guten Hanf“

W. S. Wittenburg, 4. Oktober. Auf dem am Sonnabend und Sonntag unter größter Anteilnahme der Bevölkerung abgehaltene Dithüringer Freiheitstag der NSDAP sprach u. a. Pfarrer Krieger aus Eischeid, der in seinen Ausführungen sagte, daß er am Tage der Machtergreifung beten (!) wolle, der Herrgott solle einen guten Hanf schenken, damit die November- und Inflationsverbrecher ihrer gerechten Strafe zugeführt werden. Es würde keiner (!) dem Gericht entgegen, der sich jemals (!) gegen den Nationalsozialismus betätigt hätte.

Wohl gemerkt: das ist nicht irgendeine „kommunistisch gefärbte“ Meldung. Diese Meldung wird von Wolffs Sächsischen Landesdienst von der halbbozianischen Telegraphenagentur verbreitet. Selbst kritische Gemüter, vielleicht sogar diese oder jene der zuständigen Behörden dürfte demnach kaum Beanstandung haben, an der Richtigkeit der hier mitgeteilten Tatsachen zu zweifeln.

Der freigelegte Pfarrer steht nicht allein. Sein Amtsvorgänger aus Oberwiera in der Nähe von Waldenburg in Sachsen steht ihm keineswegs nach. Erklärte doch dieser „Sachverständige“ erst kürzlich in einer Jugendversammlung (!) der NSDAP, mit den Kommunisten werde nicht mehr diskutiert, sie müßten nur noch mit den Waffen bekämpft.

Am „Freiheitskampf“ vom Montag, dem 8. Oktober, wird wörtlich aufgeführt, „die rote Front zu Brei zu schlagen“. In derselben Nummer wird im Fortdruck eine Aufforderung zum Besuch des Nazitreffens in Braunschweig abgedruckt, die als Erläuterung für das in Leipzig verbotene Mitteldeutsche Nazi-Treffen durchgeführt werden soll. Dieses Nazitreffen wird wörtlich als

„Der letzte Appell vor der großen Abrechnung“ bezeichnet.

Wir möchten keiner kommunistischen Zeitung empfehlen, auch nur annähernd so zu schreiben. Sie würde mit jeder Zeile auf lange Zeit verboten, der verantwortliche Redakteur unverzüglich hinter Schloß und Riegel gesetzt. Würden doch kommunistische Zeitungen schon verboten, weil sie die Arbeiter aufgeföhrt hätten, für irgendeine ungeschickte Forderung „zu kämpfen“. Jeder Arbeiter-Lehrer wüßte, was das aufzufassen war. Jeder auch nur einigermaßen politische Gesandte wüßte, daß es sich um einen politischen Kampf handelte. Nicht so die zuständigen Behörden. Mit der Begründung, daß bei der Einstellung der kommunistischen Leiter zu befehlen sei, sie würden das als Aufforderung zu Gewalttätigkeiten betrachten, wurden Zeitungen beschlagnahmt und verboten, Redakteure verhaftet und abgeurteilt.

Nationalsozialistische Pfarrer aber beten inbrünstig um „einen guten Hanf“, damit sie nach Herzenslust hängen können; sie schreien nach Waffen, um alle Kommunisten auszuwurzeln; Herr Straßer will jeden zusammenhängen lassen, der „Heil Wastau“ ruft; der „Freiheitskampf“ fordert ganz unverhohlen auf, die rote Front zu Brei zu schlagen!

Kann noch ein Zweifel darüber bestehen, wie die Nationalsozialisten ihr „Drittes Reich“ erkämpfen, auf welchem Wege sie es zu erreichen gedenken? Kann nach alledem auch nur der leiseste Zweifel darüber bestehen, wie sie angeführte „große Abrechnung“ ausführen soll?

Niemand kann daran zweifeln. Die NSDAP läßt nicht nur durch ihre Redner, sondern durch ihre parteiamtlichen Organe Tag für Tag auf neue verfallen, daß sie ein Blutbad unter der Hohenbewehrten Arbeiterschaft anzurichten beabsichtigt. „Keiner wird dem Gericht entgehen, der sich jemals gegen den Nationalsozialismus betätigt hat“, sagt nach dem Bericht des halbbozianischen NSDAP der parteiamtliche Redner auf dem Thüringer Nazitreffen in Wittenburg. Das ist deutlich genug.

Wenn man dem „Freiheitskampf“ glauben darf, ist Herr Pfarrer Krieger jetzt schon mit eifrigem Beten um den „Hanf“ so im Anspruch genommen, daß ihm kaum noch Zeit bleibt, seine heftigsten Mordauforderungen an den Mann zu bringen. Wenn nach dem „Freiheitskampf“ vom Montag der Braunschweiger Rufmarsch inoffiziell der „letzte Appell vor der großen Abrechnung“ ist, dann müssen die Arbeiter jedenfalls, wie sie das zu werten haben!

In jenem Buche, auf das die nach Arbeiterblut lebenden Herren Nazifarrer schwören, in der Bibel, heißt es: „Mein ist die Rache, spricht der Herr!“ Pfarrer Krieger aus Eischeid scheint wenig Vertrauen zu seinem Gott zu haben. Wie anders wäre sonst sein hysterisches Rachegeheul zu erklären?

Aber wenn schon die Herren Pfarrer selbst nicht mehr die von der christlichen Religion verkündeten Grundsätze glauben, wenn sie die von ihrer eigenen Kirche gepredigten „Nächstenliebe“ in ihr Gegenteil verkehren, ohne daß ihnen die Schamröte ins Gesicht steigt, wenn sie nicht nur, wie im Kriege, die Waffen legen, sondern nach ihnen schreien, — dann hat der Massenbewegte Arbeiter noch weniger Veranlassung, sich auf irgendeine Hilfe von „oben“ zu verlassen. „Es rettet uns kein höheres Wesen“, heißt es im alten Kampflied der revolutionären Arbeiterschaft. Sie ist das wahrer gemein als heute.

Nach dem Willen nationalsozialistischer Heher soll die deutsche Arbeiterschaft, soweit sie nicht auf das Halenkreuz schwört, ausgerottet werden. Dagegen schließen sich die Arbeiter im met feller in der roten Klassenfront zusammen, schmeißen sie diese Front so fest, so kühn, daß die Faschisten aller Schattierungen sich wundern werden, wenn sie den Versuch machen sollten, diese Front „zu Brei“ zu schlagen.

Es ist nicht anzunehmen, daß gegen die Herren Pfarrer irgendetwas unternommen wird. Der „Freiheitskampf“ ist nicht verboten...

So läßt sichs leben

Als Oberbürgermeister braucht man unbedingt 300 Mark Tageslohn

In den Gemeinden und Städten kehrt bei allen Anträgen, die auf Wählung des richtigen Gläubigers abzielen, immer und immer die Redensart wieder: „Es ist kein Geld da!“ Das ist so im kleinsten „Raffi“ wie in der Millionenstadt. Wofür aber noch heute Tausende von Mark buchstäblich zum Fenster hinausgeworfen werden, dafür erbringt das „Berliner Tageblatt“ erneut einen Beweis, der jedem Notleidenden die Hornströme ins Gesicht treibt. Wir lesen da die folgende Meldung aus Hagen i. W.: „Ein Düsseldorf'scher Blatt hatte an der Hagen'schen Ausgabe mitteilt, daß ein Mitglied des früheren Oberbürgermeisters Hinte in Eingemeindungsangelegenheiten nach Berlin rund 1700 Mark Kosten verursacht habe. Ein Hagen'scher Blatt hat demgegenüber die Kosten auf „nur“ 1200 Mark beziffert. Daraufhin gibt nun das Düsseldorf'sche Blatt die Revidierung des Oberbürgermeisters a. D. Hinte wörtlich wieder. Sie lautet:

Hagen, den 28. Juni 1920.

Ich habe in Berlin die Eingemeindungsverhandlungen wahrgenommen, wie vom Stadterweiterungsausschuß beschlossen. Zu diesem Zweck war ich abends von Sonntag, den 16. Juni, bis Sonnabend, den 22. Juni, in Berlin. Meine Frau hat mich wunschgemäß an dieser Reise beteiligt und war vom 16. Juni bis 20. Juni in Berlin.

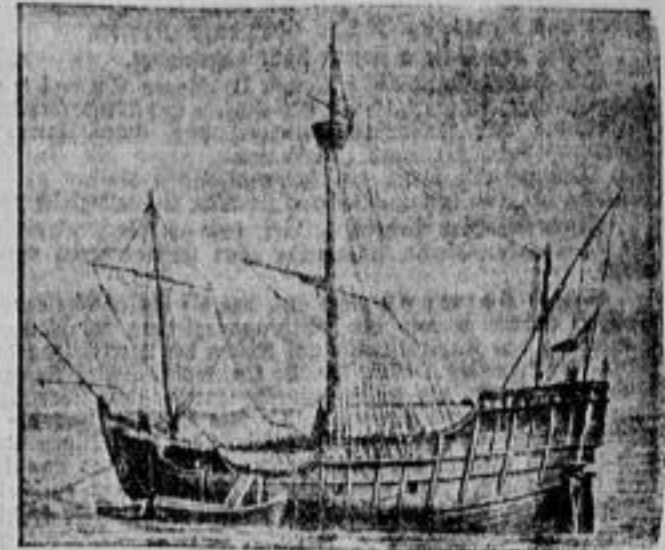
An haren Aufwendungen sind dafür entstanden:

1. Reisekosten 1. Klasse Hagen-Berlin mit Schlafwagenbenutzung	192.—	Reichsmark
2. Reisekosten 1. Klasse Berlin-Hagen	130.—	„
3. Hotel laut Rechnung	325.98	„
4. Bewirtung	327.—	„
5. Sonstige eigene Verpflegung	160.—	„
6. Besondere Auslagen für Gepäc, Telefon, Telegramme, Auffahrten, Trinkgelder und Verordnungen, für Karten usw.	395.—	„
zusammen	1729.96	Reichsmark

Ich bitte um Anweisung. Oberbürgermeister Hinte.

Der deutschnationale Herr Hinte hat innerhalb sechs Tagen die hohe Summe von 1729.96 Reichsmark verbraucht. Das sind pro Tag rund 300 Reichsmark.

Der Oberbürgermeister gehört zu den Deutschnationalen, zu jenen Verleumdern einer „gesunden Finanzpolitik“.



Zäh und ausdauernd kämpfen das spanische Proletariat und die Dorfarmut um ihre politische und wirtschaftliche Betreibung. Die Regierung der neuen Republik, die genau wie in Deutschland nach dem Sturz der Monarchie hinsichtlich der Besitzverhältnisse alles beim alten gelassen hat, ist neben der bewaffneten Niederhaltung der Werktätigen mit anderen Sorgen beschwert. Der Marineoffizier Don Julio Guillen ist von der Regierung beauftragt worden, in dieser genauen Nachbildung des Schiffes „Santa Maria“, mit dem bekanntlich Kolumbus die Neue Welt entdeckte, in einem Zeitraum von ebenfalls drei Monaten nach Amerika zu segeln.

Die nicht laut genug nach dem Sparkommissar schreien können, die leiz Nachten, wie Schacht und Komorten immer gegen die „Luruswirtschaft der Gemeinden“ wettern, denen kein Mittel gut genug war, wenn es galt gringliche Schulneubauten, die Anlage von Sport- und Spielplätzen usw. als „unerbittlichen Luxus“ in die Öffentlichkeit hinauszupflanzen. Das sind dieselben Leute, die gegen die „unerbittlichen Sozialisten“ Sturm laufen, gegen jene Sozialisten, die den Armen der Armen kaum noch Hungerpfeilige ermöglichen, wenn sie vor Altersschwäche oder durch Unglücksfälle auf die Quantität der Bevölkerungsmehrungen angewiesen sind.

Wir können im Augenblick nicht nachprüfen, wievielen Wohlfahrtsempfängern unter dem Regime des Herrn Oberbürgermeisters die Unterstützung gesperrt wurde, weil sie angeblich „zu viel zum Leben“ hatten, weil angeblich ihre nächsten Angehörigen so viel verdienten, daß sie den Wohlfahrtsverwaltern mit durchschleppen konnten. Wir wissen auch nicht, wie viele Male der Herr Oberbürgermeister in Stadterweiterungsverhandlungen wiederholt hat: „Meine Herren! Die Stadt hat kein Geld. Ich muß um Ablehnung des Reitationsantrages der Kommunisten bitten!“

Wie gesagt, wir wissen das nicht im Einzelnen. Aber diese Art der Politik, diese Art des Argumentierens der Stadtoberhäupter ist allenthalben in ganz Deutschland geworden. Sie ist auch nicht etwa auf die deutschnationalen Bürgermeister und Oberbürgermeister beschränkt. Sozialdemokratische Stadt- und Gemeindevorstände pflegen nicht anders zu reden. Die kommunistischen Gemeindevorstände bis in die letzte, kleinste Gemeinde hinunter können ein Lied davon singen.

Der Herr Oberbürgermeister von Hagen aber, deutschnational bis auf die Knochen, Staats- und vaterlandsliebend wie nur einer liquidiert fallblütig

300 Mark Spesen pro Tag für eine einfache Dienstreife nach Berlin.

Inzwischen aber hungern in Hagen, jener Stadt, deren Wohl und Wehe ihm „anvertraut“ war, Tausende und Abertausende von Kindern, deren Väter die Wohlfahrtsunterstützung bis auf ein Mindestmaß herabgedrückt wurde, inzwischen fällt das Schulrührl aus, inzwischen werden von hättigen und nationalisierten Staats- und Gemeindefunktionären feurige Reden gegen die „Korruption und das öffentliche Leben“, für die „geistige, kulturelle und finanzielle Gesundung und Erneuerung des deutschen Vaterlandes“ geschwungen.

Der Herr Oberbürgermeister von Hagen liquidiert pro Tag 300 Mark Spesen für eine Fahrt von Hagen nach Berlin und zurück.

Der Arbeiter macht sich seinen Vers darauf selbst.

Der große Erfinder

Edison, einer der größten Erfinder der Neuzeit, liegt im Sterben. Dieser amerikanische Wissenschaftler hat sich aus den kleinsten Anfängen heraus, als Zeitungsjunge, Angestellter der Eisenbahn bis zum heutigen Welttrief hinaufgearbeitet. Ihm verdankt die Welt eine ganze Reihe bedeutender Erfindungen und viele technische Verbesserungen. Alle aber werden sie von großkapitalistischen Konzernen ausgenutzt, die Proleten können ja von keine Erfindung profitieren, so lange der Kapitalismus herrscht. Links einige Bilder aus dem Leben Thomas Alva Edisons. Oben links: Edison in seinem Arbeitszimmer; oben rechts: der 32jährige Edison vor seinem ersten Phonographen, seiner ersten und populärsten Erfindung; unten links: die letzte Arbeit des Erfinders, und zwar seine Versuche mit einer besonderen Pflanze namens Goldenrod, aus der er billigen Gummi gewinnen wollte; unten rechts: Edison wird durch Verleihung des Ehrendoktorstitels geehrt; in der Mitte die Gedenkmonne aus Anlaß des Jubiläums der Glühbirne, seiner zweifellos bedeutsamsten Erfindung.



Das Junkersche Stratosphärenflugzeug hat jetzt seine ersten Probezüge erfolgreich durchgeführt. In seinem Äußeren ähnelt es einem normalen Junkersflugzeug fast genau. Auffallend ist lediglich das höhere Fahrgestell und der gedrungenere Rumpf. Die größte Schwierigkeit bei dem Bau von Stratosphärenflugzeugen bereitet bekanntlich der Motor, dessen Leistung mit der sinkenden Luftdichte fällt. Ihm wird daher durch ein Schleudergebläse vorverdichtete Luft zugeführt, das von dem Druckgefäß der Auspuffgase getrieben wird. Die doppelwandige Kabine ist luftdicht abgeschlossen und ein Kompressor sorgt ebenfalls für die Erhaltung des normalen Luftdrucks und für die Lufterneuerung.



Nazis als Kapitalstnechte

Stoffentlagungsmodie des sächsischen Landtages beendet

Dresden, 13. Oktober.
Aus der Landtagsitzung vom 9. Oktober, über die wir in der Sonnabendnummer nur kurz berichten konnten, ist noch folgendes nachzutragen:
Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Genosse Siegel, scharfen Protest gegen die neue Notverordnung zu erheben und dieselbe in Sachen nicht durchzuführen.
Ueber den Antrag wurde nicht abgestimmt.
Die Haushaltskommission A und B schlagen Annahme der Anträge betr. Winterhilfe für Arbeitslose und Minderbemittelte, Aufhebung der sächsischen Notverordnung, Durchführung des Wohnungsbauprogramms, Maßnahmen gegen die Entlassung von Jungweibern sowie den kommunistischen Antrag auf Einführung der 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich vor.
Finanzminister Hedrich erklärt, daß sich die Regierung für die 40-Stunden-Woche, allerdings ohne Lohnausgleich einsetzen wolle.

Genosse Hermann zeigt auf, daß die Schiedsregierung in Sachen genau so wie die Brüning-Regierung im Reich die Sanierung des Kapitalismus auf Kosten der Werktätigen durchführt. Die treuesten Dienste für die reaktionäre Schiedsregierung leistet die SPD, die durch Kaufschulanträge den Werktätigen Sand in die Augen streuen will. Der Landtag und die Regierung handeln nicht mehr im Interesse des werktätigen Volkes und deshalb fordern die Kommunisten Auflösung des Landtages und Neuwahlen. Die Werktätigen Sachens sollen entscheiden. Dieser Kampf muß außerhalb des Parlamentes unter Führung der KPD geführt werden.

Bei der Abstimmung wird der kommunistische Antrag, 30 Millionen für den Wohnungsbau bereitzustellen, mit den Stimmen der SPD abgelehnt, dafür der sozialdemokratische Antrag, der möglichst (1) Durchführung des Wohnungsbauprogramms für 1931 fordert, angenommen.

Die Befreiung der Mietzinssteuer zugunsten der Hausbesitzer wird abgelehnt.
Der kommunistische Antrag, die 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich einzuführen, wird zum zweiten Male von diesem Landtag angenommen.

Drei Punkte des kommunistischen Arbeitsbeschaffungsprogramms, und zwar Erneuerungsbauten bei der Reichsbahn, Durchführung von Kanal- und Straßenbauten, sowie die Regulierung der Flüsse werden angenommen.

Die kommunistischen Vorschläge zur Mittelbeschaffung werden von der Mehrheit abgelehnt. Offen zeigt sich hier die

Rolle der Nazis als getreue Knechte des Kapitalismus, indem sie gegen alle Anträge stimmten, die eine härtere Heranziehung der Besitzenden zu den Steuerlasten verlangten. So stimmten sie gegen die Erhebung einer Sondersteuer für Millionäre und Personen, deren Vermögen 500.000 Mark übersteigt. Trotzdem wurde der Antrag angenommen.

Die Nazis stimmten weiter gegen die Erhebung einer Sondersteuer auf die Einkommen über 50.000 Mark jährlich. Mit Hilfe der Nazis wurde dieser Antrag abgelehnt. Sie stimmten weiter gegen die Befreiung der Dividenden und Ausschüttungsrenten in Höhe von 20 Prozent. Trotzdem wurde dieser Antrag angenommen.

Die Nazis stimmten weiter gegen die Offentlegung der Steuerlisten, gegen Aufhebung des Bankheimnisses zur Verhinderung der Steuerhinterziehung und der Kapittalsucht, gegen Verschlagnahme der Vermögen aller Kapitalistknechte. Der Antrag wurde ebenfalls mit nationalsozialistischer Hilfe abgelehnt. Ihre Kirchenfreundlichkeit brachten sie dadurch zum Ausdruck, daß sie gegen den SPD-Antrag, die Zahlungen an die Kirche, soweit sie nicht gesetzlich geleiht werden müssen, einzustellen, stimmten.

Die SPD brachte es fertig, gegen den kommunistischen Antrag zu stimmen, der Streichung der Offizierspensionen fordernde. Dasselbe zeigte sich bei der Behandlung der Anträge, die sich mit der Verringerung der Rente im kommenden Winter befaßten. Obwohl sie in den Ausschüssen für sämtliche Anträge gestimmt hatten, lehnten sie dieselben im Plenum in den meisten Fällen ab und bewiesen dadurch, daß es ihnen lediglich darauf ankommt, durch Scheinmänner die Abwanderung ihrer Mitglieder zur roten Klassenfront aufzuhalten.

Genosse Wägig erstattete Bericht über den kommunistischen Antrag, der volle Entschädigung für die Hochwassererschädigten im Erzgebirge fordere. Ohne Ausprägung wurde derselbe gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei angenommen.

Der Auflösungsantrag der Kommunisten wurde nicht behandelt, und der Landtag auf unbestimmte Zeit in die Ferien geschickt. Das Präsidium schlägt unter Zustimmung der Landtagsmehrheit vor, ihm die erneute Einberufung für den Winter zu überlassen. Deutlicher konnte die Angst vor dem Auflösungsantrag der Kommunisten und vor Neuwahlen nicht zum Ausdruck kommen!

Der Marsch zur KPD

Dem Sekretariat der KPD der KPD Sachsens erhalten wir nachfolgende Werbeergebnisse der letzten Tage in Sachsen.

Neue Parteimitglieder wurden gemeldet in Zwanen 25, Chemnitz-Dt 13, Annaberg 6, Lugau 12 (davon 5 Bergarbeiter), Zschopau 9, Schönheide 8, Chemnitz 27, Vengelsdorf 15, Auerbach i. A. 8, Hartau b. Jitau 6, Kleina 6, Eibenthal 33, Hartenstein 7, Weiersdorf i. A. 4, Pirna 6, Niederoderwitz 5, Waldheim 11, Weierfeld 6, Vilsdorf 11, Marienberg 7.

Diese Ergebnisse in den wichtigsten Orten Sachsens zeigen den unaushaltbaren Vormarsch der KPD. Die Werktätigen stehen aller Hege der Bürgerlichen und SPD zum Trotz zur kommunistischen Partei.

Zum KPD und nicht zu Wels und Gehdewik

Die Uebertrittsbewegung der SA-Zler zum KPD, der einzigen sozialistischen Jugendorganisation nimmt zu.

In Jena, Thüringen, haben 7 Jungbannermittglieder ihren Uebertritt zum KPD erklärt. Sie arbeiten alle in einem Betrieb und haben eine Zelle gegründet.

In Nauga, Thüringen, ist die Hälfte der Mitglieder der Ortsgruppe der SAJ zum KPD übergetreten.

Aus Wiedebach wird der Uebertritt des 1. Vorsitzenden der SAJ zum KPD gemeldet.

Der Konflikt in der SPD

Verlegung der SPD in Duisburg geht weiter

Der Unterbezirksvorsitzende der SPD Duisburg hat wegen Mitarbeit an der „Anker“ folgende SPD-Arbeiter ausgeschlossen: Wilhelm Meindl, Duisburg; Otto Warten, Duisburg; Arh Warten, Duisburg; Karl Wahl, Duisburg; Karl Sandmann, Duisburg; Maria Wiegand, Duisburg; Franz Karm Jr., Duisburg, und eine Reihe andere Arbeiter.

„Hausfuchung“

Ratschläge für richtige Ausübung deiner Rechte

Von der Roten Hilfe ist als Ergänzung zu den bereits erschienenen Schriften „Wie verteidigt sich der Proletarier vor Gericht“ und „Deine Verteidigung vor dem Schnellgericht“ eine neue 10-Pennig-Broschüre

„Hausfuchung, Ratschläge für richtige Ausübung deiner Rechte“ herausgegeben worden. Der verschärfte Terror, begleitet von den sich mehrenden Ueberfällen auf die Arbeiterwohnungen, macht die Klärung der rechtlichen Grundlage der Hausfuchung und des Verhaltens der von ihr Betroffenen dringend erforderlich. Im Rahmen ihres Kampfes um die sofortige Aufhebung aller Ausnahmegeetze führt die Rote Hilfe den schärfsten Kampf auch gegen die gewalttätigen Hausfuchungen in den Arbeiterwohnungen. Bei den polizeilichen Hausfuchungen spielen oftmals scheinbare Kleinigkeiten und Unterlassungen eine große Rolle. Die Polizeibeamten müssen sich bei den Hausfuchungen meistens Handlungen an, die den gesetzlichen Bestimmungen widersprechen, wie Erzwingung von Erklärungen oder Unterschriften usw. Die von der Hausfuchung Betroffenen lassen sich häufig infolge der Unkenntnis der Rechtslage ins Netz der Paragraphen fangen.

Es ist von großer Wichtigkeit für jeden Arbeiter, die gesetzlichen Bestimmungen auf dem Gebiete der Hausfuchungen kennen zu lernen, um sie zu seinem Vorteil auszunutzen und Uebergriffe seitens der Polizei abzuwehren.

Die vorliegende Schrift verfolgt die Aufgabe, aufklärend auf dem Gebiete der proletarischen Selbstverteidigung zu wirken. Darüber hinaus schildert sie an praktischen Beispielen das große Solidaritätswert der Roten Hilfe in ihrem Kampfe gegenüber der Klassenjustiz, für die Befreiung aller eingekerkelter Klassenkämpfer.

Der Verfasser dieser Neuerscheinung des Tribunal-Verlages ist Rechtsanwalt Gerhard Buch, Mitglied des Preussischen Landtages. Preis 10 Pennig. Die Broschüre ist erhältlich bei allen Funktionären der Roten Hilfe und in allen Literaturvertriebsstellen. Aus dem Inhalt: Allgemeine Rechtslage, Wert der Hausfuchung, Die Durchführung der Hausfuchung, Die amtliche Befcheinigung, Rechtsmittel, Notverordnung und Hausfuchung.

Roter Schwimm-Stadtwettbewerb in Dresden

Am Sonntag dem 18. Oktober findet im Gärtzbad der zweite diesjährige rote Schwimmfest statt. Am Start werden die besten Vertretungen aus Berlin, Halle, Leipzig und Chemnitz teilnehmen. Die Besucher werden in jeder Beziehung mit der besten Veranstaltung zufrieden sein. Der Arbeiter-Wassersportverein Dresden 1930, welcher den Stadtwettbewerb veranstaltet, hat im Wettbewerb um somit die Kollektivausführung des roten Schwimmfestes in den Vordergrund zu stellen. Alle Arten des Schwimmsportes werden zur Vorführung kommen. Besonders zu erwähnen ist die Männer-Kleiderkette mit An- und Ausziehen in der Frauenkunstgeigen. Die Wasserballspiele versprechen nach der jetzigen Besetzung außerordentlich interessant zu werden. Die Wasserballmeisters Halle wird das jährliche Rückspiel gegen Dresden ausgetragen. Vollkommen neu und besonders interessant ist die Dresden-Bejücker wird das Frauenswimmballspiel Dresden gegen Berlin sein.

Der Eintritt beträgt für Kollaborierer 50 Pennig, für Gewerbetreibende, Jugendliche und Kinder 20 Pennig. Auf numerierte Stuhlschläge wird ohne Unterschied ein Zuschlag von 20 Pennig erhoben. Der Kartenerwerb hat schon seit einiger Zeit begonnen. Das Schwimmfest im Gärtzbad war überfüllt, deswegen ist zu raten, die Karten sich jetzt schon zu besorgen. Karten zu haben bei allen Mitgliedern des Arbeiter-Wassersportvereins Dresden 1930. Das Gärtzbad liegt unmittelbar neben der Opernstraße auf Altstädter Seite. Die Veranstaltung beginnt um 15 Uhr.

Die Matrosen von Cattaro

Kontakt, Kollektiv für sozialistisches Zeittheater

führt am Sonnabend in Köhnenbroda die „Matrosen von Cattaro“ von Friedrich Wolf auf. Am 11. 2. 1918, 8 Uhr wurde an der Fricshofmauer von Saljari bei Cattaro ein Kaderführer der Flottenrevolte wegen Empörung nach Wien des österreichischen NSIG Handrechtlich erschossen; des Zeitgenossen Franz Rask, der Dekretmatrose Anton Gradar, der Geschwimeiter Jerko Slogoric, der Geschwimeiter Rado Mucic. 41 Einheiten der k. u. k. Marine hielten die rote Flotte 6000 Matrosen, das Geschwader in der Nacht von Cattaro, montierten. Warum? Der Kapitän Stacheldrath und die Offiziere, die die hiesige Behandlung durch die Offiziere, der langjährige Krieg, die Sehnsucht nach der Heimat, nach Weib und Kind, trübte sie, ermunterte durch den Streit der Wiener Arbeiter, in diesem Irrsinn, dem Krieg, ein Ende zu bereiten. Sie wollten. — Und dann? — Dann wurde die wertvolle Zeit im Handeln durch Beratungen des Matrosenrates verzögert. Beratung auf Beratung, ein falsch angewandtes demokratisches System ließ dem Gegner Zeit gewinnen, beurteilte den Kampf zum Scheitern. Das Geschwader von Pola regelte die Flotte der Mannschaften der Küstenbatterien wurden durch regierungstreue ersetzt. Durch die politische Unklarheit, durch das Uebelwollen des selbständigen Handelns, durch das Unvermögen, die Situation zu beurteilen, durch den persönlichen Egoismus, wurde der Zustand zusammen.

Rask und die übrigen Kameraden sind Opfer ihrer eigenen Fehler. Das Stück: Friedrich Wolf gestaltet diesen Stoff in einem künstlerisch wie politisch hervorragenden Schauspiel. Er schildert den Vorgang, er versteht es, das Leben, die Schicksale der Matrosen, ihre Handlungsweise verstehen zu lassen. Er macht es klar, aus ihren Fehlern um den Weg zu zeigen, in die Sache hätte angefaßt werden müssen. Durch Friedrich Wolf politische Klarheit mit Hilfe seines künstlerisch menschlichen Vermögens ist für uns ein hundertprozentig politisch wertvolles Stück entstanden.

Und die Aufführung? Der Saal getappelt voll, ein gespannt zuhörendes, begeistertes Publikum. Die Spieler leben ihre Rollen. Das Kollektiv gestaltet durch das Kollektiv die Arbeit des politisch künstlerischen Stoffes das Schauspiel in einer Einheit.

Frauen in Rot

Der neue „Eulenspiegel“ ist anlässlich der großen internationalen Ausstellung, die in Berlin während des Weltkongresses der III durchgeföhrt wird, dem Thema „Frauen in Rot“ gewidmet. Diese Nummer des „Eulenspiegel“ enthält ganz hervorragende künstlerische Beiträge, unter denen wir besonders ein Blatt von Käthe Kollwitz nennen, eine Zeichnung von Girod und das Titelblatt, das von der jungen Malerin Elfriede Thurner stammt. Der bekannte Zeichner Gil zeigt uns in einem originellen Blatt den „Weg ins Glück“, in dem er im Kuppelreife anprangert. Sauer schildert in fünf Bildern den Traum von Tilm. Bruno Angler hat ein Rundschreiben der ADGB gezeichnet: „Die „Seifen-Kommunisten“ an das Licht gebracht und führt uns außerdem zu einem Kollektiv der Arbeiterinnen bei Frau Direktor. Slang bringt ein schillerndes Gespräch über nationale Gefinnung in Sachsen und ein Gedicht „Komm Mutter!“, das mit einem eindrucksvollen Photo photographiert ist. Dem achten Kongress der III ist die Veröffentlichung eines der preisgekrönten Blatte „Zehn Jahre Revolution“ gewidmet. Darius zeigt in einem Artikel „Frauen in Rot“ in der Entwicklung der revolutionären Kampf. Von Feiler und Gleditsch bringt der „Eulenspiegel“ ebenfalls zwei äußerst wirksame gezeichnete Zeichnungen. Jeder, der die Ausstellung „Frauen in Rot“ gesehen hat und alle diejenigen, die nicht Gelegenheit hatten, diese Ausstellung zu sehen, müssen sich dieses wertvollen Heft des „Eulenspiegel“ kaufen. Ist es doch ein wichtiger Beitrag zu dem großen Thema: Frauen in Rot! Der „Eulenspiegel“ ist bei jedem III-Kolporteur oder beim Verlag, Wilhelmstr. 30 für 20 Pennig zu haben.

Die andere Schweiz

Die Schweiz kennen wir nur als das Land des Sports, der Schönheit der Hochalpen, der sogenannten Fremdenindustrie. Die neue III zeigt jedoch Bilder einer anderen Schweiz, das Gebirge in den Bergtäälern, die sich immer mehr entisern, das Uebelwollen der großen Schweizer Uhrenindustrie. Anlässlich der stattfindenden Nationalratswahlen ist diese Reportage in der III von besonderem Wert.

Die neue III veröffentlicht des weiteren auf einer ganzen Seite das große Herbstpreisausschreiben mit wertvollen im Wert von über 5000 Mark. Eine äußerst originelle Aufgabe wird dem Leser gestellt. Wenn er sie richtig löst, gewinnt er über 4000 Mark. In zwei weiteren Seiten bringt die III eine Reportage über den Alkoholsmuggel in Finnland, ein Land, das bekanntlich ebenso, wie Amerika, trocken gelangt ist in dem der Alkoholsmuggel blüht. Auf der einen Seite zeigt die III die besten Methoden beim Rettungsschwimmen. Die aufschlußreichen Bilder, die von der Schwimmgruppe der Arbeitergemeinschaft für rote Sporteinheit zur Verfügung gestellt wurden, werden jeden veranlassen, der sich dafür interessiert, sich an den angegebenen Adressen zu wenden. Dieses Heft muß gelesen werden.

**Wenn's niemand macht!
Oswald Machts!**

Hauptlager:
Kaulbachstraße 31, I. Etg.
Ecke Pillnitzer Straße

Möbel
aller Art
Große Auswahl! Billige Preise!
Günstige Zahlungsbedingungen!

Baumkränzen
zum Kinderfest ... 25 Pf.
B. Ansteckblumen ... 25 Pf.
II. Hütledern ... 50 Pf.
Gold-, Silberkränze, Körbe
Ampeln, Rank-, u. best. bel.

Hesse,

Schellstr. 12 p. 1. - IV. Et.

**Der Vertreter der
Arbeiterstimme
verlangt man unter**

Nr. 17259

Wähler und Gewählte verbindet

die monatlich einmal erscheinende Zeitung

„Der Rote Wähler“

Der Rote Wähler

Mitteilungsblatt der kommunistischen Reichstagsfraktion

STARKE'S KURBAD nur DRESDEN-N. 6; Bautzner Straße 311. Ruf Nr. 51502

Paradisi. Leitung! Geprüft. Personell. Anerk. eine führende Anstalt am Platz! Besucht die Privatkurbäder! An all. Krankenkass. zugelassen